Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Dreiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6gespaltene ohne Zeile Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 193. Halle a. S., Dienstag, den 27. April. 1909.

Zum Reichstheatergesetz.

Die Frage des Reichstheatergesetzes wird in der Presse und Oeffentlichkeit lebhaft erörtert. Bekannt ist, daß der Reichstag sich dem Votum für ein solches Gesetz einstimmig angeschlossen hat. Die Auseinandersetzungen zwischen „Bühnenverein" und „Genossenschaft" haben dazu beigetragen, das Thema aktuell werden zu lassen; so ist es denn zu erklären, daß das Echo dieser Vorgänge besonders publizistisch stark wiederklingt.

Der bekannte volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Eduard Haußmann äußert sich im „Berl. Tageblatt" in einem Artikel, der die Ueberschrift „Theaterschmerzen" trägt, ausführlich zum Thema. Sein Standpunkt ist kein übermäßig optimistischer; Haußmann glaubt nicht an die alles heilende Kraft und Macht der Gesetzgebung; es wäre ihm offenbar lieber, wenn die Angehörigen der Bühne ihre besonderen Bedürfnisse durch den Initiativantrag regelten und sich hinsichtlich der Normativ-Leistungen mit den einschlägigen Grundsätzen des Bürgerlichen Gesetzbuches begnügten. Doch widerstrebt im Prinzip Haußmann einem Reichstheatergesetz nicht; er will gewissermaßen als Mann der Praxis nur vor übertriebenen Hoffnungen warnen, die man einem solchen Gesetz entgegenbringt. Abg. Haußmann schreibt u. a.:

„...Baron Putlitz*) orientiert sehr gut über die bisherige Entwicklung der Frage und über die sachlichen Differenzpunkte, die bei den Versuchen eines gemeinsamen Bühnenvertragsentwurfs übrig geblieben sind. Sie sind viel geringer, als man anzunehmen geneigt ist. Weiterhin werden den Angaben der Schrift von Dr. Pfeiffer auch einige nicht unwesentliche Irrtümer nachgewiesen und die Generalisierungen beanstandet, die mehrfach auf Zustände der Variété- und der Wanderbühnen exemplifizieren, während es sich in dem gegenwärtigen Streit um die Verhältnisse der ständigen Bühne handle. Die Verteidigungsschrift zeichnet sich durch Einsicht und Wohlwollen aus."

Der Verfasser ist der Meinung, daß ein Reichsgesetz über die von Putlitz aufgeworfenen Punkte kaum hinausgehen könnte, und er hält es für fraglich,

„ob die Riesenmaschine eines Reichsgesetzes in Gang gesetzt werden muß für Forderungen, die durch beitragsmäßige Bindung in einem Statut rechtliche Kraft erlangen können."

In diesen wie in anderen Sätzen kommt die reservierte Meinung Haußmanns über die Bedeutung reichsmäßig kodifizierter allgemeiner Bestimmungen über das Theater zum Ausdruck. Und er verstärkt seine Meinung mit dem Satze: Aber man erkennt, indem man Einzelfragen nahetritt, zugleich, daß, was man „Theaterelend" heißt, im wesentlichen nicht auf dem Mangel eines Gesetzes, sondern auf dem Mangel an — Geld beruht. Die Frage, ob ein Gesetz Geld schaffen kann, muß Haußmann verneinen. „Bisher hat sich das — sagt er mit einer fast erkältenden Ironie — noch nicht beobachten lassen." Ein Gesetz kann weder Normalsätze vorschreiben, noch einen Minimallohn festsetzen, denn nirgends liegen die Preisbedingungen ungleicher denn am Theater. Haußmann schreibt:

Das deutsche Theater zeigt die allergrößten Verschiedenheiten. Berlin mit seinem Heer von Theatern und diese wieder mit ihren personalsparenden Wiederholungen, die nur in einer Millionenstadt möglich und lukrativ sind, ist eine Sache für sich. Dann kommen die größeren Städte mit ein paar Theatern, dann die mittleren und kleineren Städte. Daneben die Sommertheater. Dabei können sich gerade in den kleinen und mittleren Städten die Theater überhaupt nur halten, wenn sie alle Gattungen, Schauspiel, Oper, Operette und Lustspiel pflegen, sie brauchen also ein verhältnismäßig sehr großes Personal, das sie nicht täglich verwerten können. Das führt über zu der Hauptfrage, die ich nirgends behandelt fand. Höhere Gehälter, die den kleinen und mittleren Bühnenmitgliedern gewiß nötig sind, setzen hohe Einnahmen voraus. Wo in Deutschland werden Einnahmen erzielt, welche die Ausgaben wesentlich überschreiten? Nur an ganz wenigen Bühnen. Hamburg, Halle, Berlin an ein paar zugkräftigen Theatern und dann noch ein paar Städte weisen ansehnliche Bühnenüberschüsse auf, die allermeisten Bühnen nicht. Sehr viele ringen von Saison zu Saison. Bei vielen großen und wichtigen Bühnen deckt die Zivilliste oder die Stadt Jahr für Jahr ein bedeutendes Defizit, das ein sprechender Beweis für die mangelnde Rentabilität ist. Also heißt die Forderung nach höheren Gehältern entweder: Erhöhung der Beiträge aus städtischen Mitteln oder aus der Zivilliste. Also in beiden Fällen Inanspruchnahme von Steuermitteln oder Erhöhung der Eintrittspreise. Das pflegt aber, von Ausnahmefällen abgesehen, die Zahl der gelösten Billetts herabzudrücken und ist darum meist ein zweischneidiges Mittel. Ich kenne Städte, wo eine durchschnittliche Erhöhung der Plätze um eine Mark entvölkernd auf Parterre, Logen und Galerien wirken würde.

Haußmann verspricht sich von einer gemeinsamen Arbeit der Unternehmer mit den Schauspielern bedeutendere Erfolge; er schließt seine beachtenswerten Ausführungen mit folgenden Sätzen:

Wenn aber Bühnenleiter und Bühnenmitglieder, die durch gemeinsame Arbeit schon eine Reihe von Verbesserungen sich selbst geschaffen haben, wegen des ersten Mißerfolges nicht den Kopf und den Mut verlieren, und die für beide Teile schöne und wichtige Aufgabe der Festigung und Verfeinerung des Bühnenrechts noch einmal in die Hand nehmen, so werden sie sehen, daß es nicht „über die Kraft" geht, daß es unendlich viel rascher geht, als wenn sie auf den Reichsgesetzgeber harren, und daß das Theaterrecht besser ist, das sie sich selber schmieden, wie dasjenige, das sie bei den Reichsjuristen bestellen.

Einen ähnlichen Standpunkt zum Reichstheatergesetz wie Haußmann vertritt Heinrich Stümcke in einem Artikel in „Bühne und Welt". Der Autor hat indes sein Thema weitergefaßt; er zieht das ganze Thema „Bühnenverein und Bühnengenossenschaft" in den Kreis seiner Betrachtung, die er mit der sympathischen Bezeichnung „ein Wort zur Verständigung" affichiert. Stümcke versucht in der Tat, Licht und Schatten zu verteilen; gelingt es ihm auch nicht immer ganz, so ist das redliche Bemühen zur Objektivität doch anzuerkennen. Der Autor stellt zunächst fest:

„Die leitenden Männer des Bühnenvereins haben unstreitig Grund zur Unzufriedenheit, daß der sechs Jahre hindurch von einer gemeinsamen Kommission bearbeitete Bühnenvertragsentwurf, den die Plenarversammlung des Deutschen Bühnenvereins en bloc angenommen hatte und dessen Annahme der Genossenschaft von ihrem eigenen Zentralausschuß empfohlen worden war, von der Delegiertenversammlung in mehr als temperamentvoller Weise abgelehnt und das dem Bühnenverein genehme Präsidium Dr. Max Pohl und Genossen zur Abdankung gezwungen wurde. Eine streng sachliche, ruhige Prüfung des Entwurfs seitens der Vertrauensmänner der Arbeitnehmer wäre der Bedeutung des Gegenstandes zweifellos angemessener gewesen."

Stümcke läßt dann die Ereignisse seit der Dezemberwoche chronologisch passieren und erinnert, daß durch die bekannte Resolution des Bühnenvereins die Rechtsfrage zu einer Machtfrage zugespitzt worden ist.

Hinsichtlich des Theatergesetzes ist Stümcke gleich Haußmann Pessimist, obwohl auch er den Wünschen auf Realisierung der dahinzielenden Bestrebungen freundlich gegenübersteht. Stümcke schreibt:

„Mit Recht haben freilich selbst die theaterfreundlichen Abgeordneten des Reichstages davor gewarnt, allzuviel von dem Zustandekommen eines Theatergesetzes zu erwarten, da gerade die zahllosen Imponderabilien im Bühnenberuf sich der Festlegung in Paragraphen entziehen. Insbesondere wird dies von Begriffen wie: künstlerisches Unvermögen und Verpflichtung für ein bestimmtes Fach, gelten müssen. Dagegen werden die Bestimmungen über Konzessionierung und Kautionspflicht der Direktoren, über die Kündigungsfristen, über die Fortzahlung der Gage bei Krankheitsfällen, über Urlaub zu Engagementszwecken, über die Maximalhöhe der Ordnungsstrafen und deren Verwendung ohne Schwierigkeiten sich mit einwandfreier Klarheit treffen lassen... Ueber einen wichtigen Punkt kann nicht früh genug völlige Klarheit verbreitet werden: Bei energischer Handhabung der Bestimmungen eines Reichstheatergesetzes werden zahlreiche Betriebe entweder eine gründliche Umwandlung erfahren müssen oder aber eingehen... Andererseits wird kein Einsichtiger das Eingehen zahlreicher Wanderschmieren und unsolider Saisontheater bedauern. Für die Kunst bedeuten sie rein gar nichts, sondern dienen nur dazu, das Proletariat im Bühnenberuf zu verstärken. Sollte mit dem Verschwinden dieser fragwürdigen Musentempel auch ein Rückschlag auf die Frequenz unserer Theaterschulen verbunden sein und das massenhafte Angebot wenig oder gar nicht talentierter und mangelhaft gebildeter junger Leute beiderlei Geschlechts, das die primäre Ursache der Krebsschäden in unserm Theaterbetriebe ist, stocken, so wäre diese Nebenwirkung einer gesetzlichen Regelung ein Haupterfolg."

Zu diesen Ausführungen bemerkt „Die Deutsche Bühne", das Organ des „Deutschen Bühnen-Vereins":

„Wir wollen es für heute bei der Feststellung dieser beiden gewiß beachtenswerten Stimmen bewenden lassen. Beide Autoren vertreten leidenschaftslos und ohne Voreingenommenheit ihren Standpunkt, der sich zwar nicht immer mit dem unsrigen deckt, aber doch geeignet ist, auch auf jener Seite zum ruhigen Nachdenken anzuregen, die bisher das Gebot sachlicher Erwägung in nicht gerade idealer Form erfüllte. Aus den Darlegungen beider Autoren kann man „hüben und drüben" mit Vorteil lernen."

*) Baron Putlitz ist Intendant des Hoftheaters in Stuttgart. Er hat durch eine sehr interessante Broschüre jüngst publizistisch in den Kampf eingegriffen.

Das Ende des kranken Mannes.

A-K. Am Ausgang des 17. Jahrhunderts schrieb Sir Thomas Roe, Botschafter Jakobs II. in Konstantinopel, daß das Osmanenreich dem Körper eines alten Mannes gleiche, der — mit Krankheit bedeckt — den Anschein der Gesundheit annehme, obwohl sein Ende nahe sei. Durch zwei Jahrhunderte hat sich das Wort vom „kranken Mann" erhalten, durch zwei Jahrhunderte lag die alte Türkei im Todeskampf und konnte nicht sterben.

Nun haben die Jungtürken dem kranken Mann den Gnadenstoß versetzt.

Die „alte Türkei", die ihre höchste Verkörperung in dem Glanze des Chalifats, des unumschränkten priesterlichen Königtums fand, ist gewesen. Ob Abdul Hamid ins Elend ziehen muß oder auf dem Throne bleibt, ist für dieses historische Faktum belanglos. Die Tatsache, daß türkische Truppen mit dem Padischah in befehlendem Tone verhandeln und daß der Herrscher ihre Forderungen auch nur anhörte, ist bereits das Ende des alten Regimes im Osmanenreich.

Als nach dem Putsch der Reaktion am 13. April die Jungtürken sich zu sammeln begannen und zum Gegenstoß ausholten, da äußerte einer ihrer Führer: „Wir haben bei der „stillen" Revolution vom vorigen Jahre nur Unvollkommenes erreicht. Wir werden diesmal ganze Arbeit tun."

Die Jungtürken haben Wort gehalten. Mit eiserner Energie und rücksichtsloser Strenge haben sie die Verräter der Regierung zu Paaren getrieben, und auch die geheiligten Mauern von Jildis Kiosk geboten ihrem Rachezorn keinen Halt. Abdul Hamid ist nach den Vorgängen der letzten Tage nur noch ein Spielball in der Hand des Fortschritts. Besäße er nicht an den Großmächten und an dem religiösen Fanatismus weiter türkischer Volkskreise einen Rückhalt, so wäre man über seine Absetzung rasch zur Tagesordnung übergangen. Wie aber die Dinge liegen, müssen die Jungtürken sowohl bei den Mächten sich in Gunst zu setzen suchen, als auch vor allem dafür sorgen, daß die Sympathie im eigenen Lande, die sie infolge der spontanen Begeisterung augenblicklich besitzen, ihnen erhalten bleibt. Beides scheint nur möglich, wenn die Person des Sultans nach außen hin geschont wird. Andererseits ist aber die Empörung gegen den verfassungsbrüchigen Herrscher so groß, daß stark mit der Möglichkeit einer Entthronung Abdul Hamids durch die Nationalversammlung gerechnet werden muß. Den zahlreichen offiziellen und offiziösen Dementis der letzten Tage zum Trotz erhalten sich die Nachrichten, daß die Absetzung des Sultans in der Nationalversammlung bereits beschlossene Sache sei. Man habe, heißt es, sogar schon das Palais bestimmt, in dem Abdul Hamid in Ruhe seine Tage beschließen soll.

Die Tatsache, daß solche Meldungen ungehindert aus der Türkei hinausgelangen können, ist die beste Charakteristik für die Lage, in der Abdul Hamid, der Beherrscher der Gläubigen, zurzeit sich befindet.

Das Schicksal des Sultans

bleibt, wie schon aus dem Gesagten hervorgeht, noch immer ungewiß. Nach wie vor behaupten die Privatmeldungen im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen, das Parlament (d. i. momentan die Nationalversammlung) werde die Absetzung Abdul Hamids verfügen und Reschad Effendi zum Thronfolger proklamieren. Wir verzeichnen folgende Telegramme über

Die Absichten der Nationalversammlung.

Saloniki, 26. April. Unter den nötigen Vorbehalten kann folgendes mitgeteilt werden: Der Gedanke, den Jildis zu stürmen, ist aufgegeben. In der heutigen Sitzung des Parlaments soll die Beschlußnahme über die Absetzung des Sultans und die Proklamierung Reschads zu seinem Nachfolger vor sich gehen. Die Truppennachschübe nach der Hauptstadt sind eingestellt.

Konstantinopel, 26. April. Im Parlament, wo die Nationalversammlung jetzt geheim, am Nachmittag aber öffentlicht tagt, heißt es, daß die Nationalversammlung vom Scheich ul Islam einen Bericht und den Antrag fordere, der Sultan sei, da er die religiösen Gesetze verletzt habe, des Kalifats unwürdig, die Nationalversammlung möge Abdul Hamid als Sultan und Kalifen absetzen und Reschad unter dem Namen Mahomet V. als Nachfolger proklamieren.

Nach einem uns in letzter Stunde zugehenden Telegramm von L. Hirschs Depeschen-Bureau befindet sich

der Sultan völlig verlassen im Jildis.

Die Drahtmeldung, die von der wilden Flucht der letzten Getreuen Abdul Hamids berichtet, lautet:

Konstantinopel, 26. April. Die Räumung des Jildis Kiosk gab zu unbeschreiblichen Szenen Anlaß. Nachdem der größte Teil der Truppen die Waffen gestreckt hatte, suchten die übrigen im Schutze der Nacht auf das asiatische Ufer zu entfliehen. Das war das Signal zur Flucht für alle Parasiten des Hofhalts. In heilloser Verwirrung sah man schwarze und weiße Eunuchen, Köche, Kammerherren und Diener davonstürmen. Der sonst so lebendige Stern Kiosk bildet den Anblick eines Friedhofes. Nur drei Getreue, unter ihnen der Palastsekretär, harrten bei Abdul Hamid aus. — Ungehindert durfte man das Innere der sonst streng verschlossenen Parkanlagen betreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090427018/fragment/page=0001

Weitere in ihrer Knapphelt ergreifende Schilderungen aus dem verlassenen Jildis gibt das folgende Telegramm:

Im Mantel des Propheten,

den kein Mohammedaner anzutasten wagt, wartet Abdul Hamid, wie das folgende Telegramm des „B. T." anschaulich schildert, auf die Erfüllung seines Schicksals:

Konstantinopel, 26. April. Noch immer herrschen Zweifel und Ungewißheit über das Schicksal Abdul Hamids, der von seinen Truppen verlassen worden ist. Der Sultan, der selbst seiner Dienerschaft gesagt hatte: „Meine Kinder, ich bin ein unglücklicher Mann. Geht und verlaßt das sinkende Schiff!" ist fast allein im Jildis. Er sitzt, wie sehr bezeichnend gesagt wurde, im Palais, angetan mit dem grünen Mantel des Propheten, der ihn gegen Mörder schützen soll, und harrt der Dinge, die da kommen sollen.

Sehr beachtenswert ist, was der Korrespondent der „Neuen Freien Presse" seinem Blatte über

eine Unterredung mit Enver Bey

berichtet. Das Gespräch nahm nach den Mitteilungen des Journalisten folgenden Verlauf:

Korrespondent: „Ist es wahr, daß der Sultan sein Leben mit seinem ganzen Vermögen erkaufen würde?"

Enver Bey gab hierauf eine ausweichende Antwort, bestätigte, daß der Belagerungszustand verhängt worden sei und erklärte dann: „Es ist eine unangenehme Maßregel, aber sie ist absolut notwendig."

Korrespondent: „Wird der Jildis verteidigt werden?"

Enver Bey: „Der Widerstand des Palastes ist mit der gestrigen Kapitulation der Taschkischla- und Taksimkaserne gebrochen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß heute auch die letzten Palasttruppen ihre Uebergabe erklärt und ihre Waffen abgeliefert haben. Ein Teil der Truppen ist schon nach auswärts verschickt. Der Palast ist bereits vollständig von unseren Truppen besetzt."

In diesem Augenblick überreichte ein Gendarm Enver Bey eine Depesche. Nachdem Enver Bey das Telegramm gelesen hatte, sagte er: „Wir werden morgen (Montag) eine schwere Arbeit haben."

Korrespondent: „Die schwerste?"

Enver Bey nickte bedeutungsvoll und sagte: „Die schwerste, aber die letzte."

Korrespondent: „Wird man ihn umbringen?"

Enver Bey: „Das sagt man nicht."

Bald darauf verkündeten Extrablätter die Verhängung des Belagerungszustandes.

Konstantinopel im Belagerungszustand

bietet das Bild einer Stadt, die noch ganz im Bann einer schweren Erschütterung steht und in der mit Gewalt eine unheimliche Ruhe aufrecht erhalten wird. Die „Times" veröffentlichen nachstehendes Telegramm ihres Konstantinopeler Korrespondenten:

Konstantinopel, 26. April. Stambul ist von der Belagerungsarmee besetzt. Die siegreichen Truppen nahmen und sperrten die Moscheen, Mohammeds des Zweiten, Bajasids und andere, nachdem sie zuerst die Hodschas und Softas, die sich dorthin geflüchtet hatten, daraus entfernt und 300 von ihnen verhaftet hatten. Einige Personen, die die Meuterer zum Widerstand anfeuerten, wurden erschossen; die Offiziere hatten große Mühe, die wildgewordenen Albanesen zu verhindern, die gefangenen Hodschas zu ermorden.

Dem „Daily Telegraph" wird gemeldet, daß die Einwohnerschaft Konstantinopels auch gestern, trotzdem keine Kämpfe stattfanden, in größtem Schrecken lebte. Man fürchtete allgemeine Plünderung, ja ein allgemeines Gemetzel. Bei jedem krepierenden Geschoß, bei jedem Klirren zerbrochener Fenster bemächtigte sich der Anwohner die größte Panik. Sämtliche Häuser waren geschlossen, fast über jedem wehte die Flagge irgend eines Auslandstaates.

Konstantinopel, 26. April. Der Belagerungszustand ist den Botschaften und Gesandtschaften bereits modifiziert worden. Er wird nicht eher aufgehoben werden, als bis das Preßgesetz und das Versammlungsgesetz zustande gekommen sind. Daher wird die Aufrechterhaltung des Standrechts vielleicht von mehrwöchiger Dauer sein. Noch nie hat in Konstantinopel derartige Sicherheit geherrscht, derartige Ruhe und Ordnung wie heute nacht. An allen Ecken der menschenleeren Straßen stehen Doppelposten. Patrouillen ziehen auf und ab. Einzelne Trupps Soldaten kommen und gehen zur Wachealösung. Nur noch die Hunde sind unumschränkte Herrscher in ihren Bezirken. Wer keinen Passierschein besitzt, wird höflich durch einen Posten nach Hause geleitet, wenn er anständig aussieht. Ist er aber zerlumpt oder verdächtig, dann findet er freies Quartier auf der Polizei. Alle Bierlokale sind geschlossen.

Die ersten Hinrichtungen

von gefangenen Reaktionären soll laut folgender Meldung schon am heutigen Dienstag stattfinden:

Im Kriegsministerium begann Montag die Untersuchung gegen die gefangenen Rädelsführer, unter denen der Hauptbeschuldigte Abdurrahman-Bei, der Buchhalterchef im Finanzministerium ist. Die ersten Hinrichtungen erfolgen morgen früh.

Deutsches Reich.

Das gute Recht der Regierung.

(Mobilmachung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen die Konservativen.)

In dem Organ des Reichskanzlers, der „Nordd. Allg. Ztg.", finden wir an der Spitze des Blattes folgenden Vorstoß gegen die konservative Parteileitung:

In der „Conservativen Correspondenz" finden sich Beschwerden darüber, daß die Bewegung für die Reichsfinanzreform bedenkliche Formen angenommen habe, und daß der konservativen Partei in Preßorganen und Versammlungen egoistische und persönliche Motive in bezug auf ihre Haltung gegenüber der Nachlaß- und der Erbanfallsteuer unterstellt worden seien.

Die Korrespondenz legt Verwahrung gegen eine derartige Agitation ein und deutet an, daß sie sich unter Duldung und Förderung von Organen der Regierung vollziehe.

Hierzu bemerken wir:

Wenn sich zugunsten der Finanzvorschläge der verbündeten Regierungen im Lande während der letzten Monate eine wachsende Bewegung geltend gemacht hat, so kann dies als erfreuliches Zeichen für die steigende Teilnahme an dem Werke der Finanzreform nur begrüßt werden. Die Regierung nimmt das Recht für sich in Anspruch, in der öffentlichen Meinung ihre Vorlagen zu vertreten und die konservative Bevölkerung ebenso wie die liberale in ihrem Sinne aufzuklären. Die Ausübung dieses Rechts hat übrigens bisher auch konservativen Anschauungen entsprochen.

So wenig also die Reichsregierung Ursache hat, die in den erwähnten Kundgebungen sich zeigenden patriotischen Absichten abzulehnen, so wenig ist es gerechtfertigt, sie für jeden Zeitungsartikel und jede Versammlungsrede verantwortlich zu machen. Dabei muß anerkannt werden, daß die Bewegung sich im wesentlichen in einwandfreien Bahnen hält. Insbesondere gilt dies für die vom Reichskanzler empfangenen Abordnungen. Wir nehmen daher nicht an, daß sich die Beschwerden der „Conservativen Correspondenz" gegen diese Kundgebung richten. Sollte sie Aeußerungen im Auge haben, die auf dem Beamtentage gefallen sind, so möchten wir betonen, daß diese Versammlung der Reichsregierung durchaus unerwünscht gewesen, daß vor ihrem Besuch sogar ausdrücklich gewarnt worden ist. Ueber die Vorgänge auf diesem Tage sind Feststellungen angeordnet worden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob Anlaß zu disziplinarischen Vorgehen geboten ist. — —

So sympathisch uns die Zurechtweisung der „Conservativen Corr." berührt, so wenig gefällt uns die Drohnote, die gegenüber den Veranstalter und Rednern des Beamtentages in der „Norddeutschen Allg. Ztg." losgelassen wird. Ebenso wie die Regierung für sich das Recht beansprucht, die „Bevölkerung aufzuklären", — ebenso hat die Beamtenschaft die Berechtigung, zu den schwebenden politischen Tagesfragen in öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen.

Besuch des deutschen Kaisers beim Kaiser Franz Josef.

Wie der „Tag" von unterrichteter Seite erfährt, wird der Kaiser auf seiner Rückkehr von Korfu dem Kaiser Franz Josef einen Besuch abstatten. Da jedoch über die Dauer des Aufenthaltes im Achilleion noch keine definitive Bestimmung getroffen ist, so steht sowohl der Zeitpunkt wie der Ort dieser kurzen Monarchenbegegnung noch nicht fest.

Kundgebung für die Reichsfinanzreform.

In Köln fand am Sonntag eine imposante Kundgebung zugunsten der Reichsfinanzreform im Viktoriasaale statt. Veranstaltet wurde sie von führenden Kreisen des Rheinlands. Prof. Dr. Wagner aus Berlin besprach in einem Vortrage die Forderungen des Tages in bezug auf die Reform. In einer Resolution verlangte die überaus stark besuchte Versammlung, daß keine Partei die Zustimmung zur Finanzreform von der Mehrheit ihres politischen Einflusses abhängig machen dürfe. Wenn das Volk in seiner Gesamtheit die Erhöhung der indirekten Steuern opferbereit auf sich nimmt, müsse sich auch der Grundbesitz wie das Kapital in gerechtem Ausgleich der Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf alle Erben willig unterwerfen. Die vorgeschlagene Reichswertzuwachssteuer erfülle die Forderungen eines gerechten Ausgleichs nicht.

Zur selben Zeit nahm die Hauptversammlung des nationalliberalen Vereins für Leipzig eine Resolution an, in der gesagt wird:

Die Versammlung bedauert den neuerdings von der konservativen Fraktion des Reichstags unternommenen Versuch, die Erbanfallsteuer durch andere Steuervorschläge zu umgehen, die keine wesentlichen Vorzüge besitzen und nur geeignet sind, die ohnehin verzögerte Erledigung noch aufzuhalten. Allen solchen hemmenden und störenden Bestrebungen gegenüber erwarten wir von der Regierung äußerste Festigkeit. In diesem Sinne wenden wir uns auch an die nationalliberale Fraktion des Reichstages mit der Bitte, entschlossen auf dem eingeschlagenen Wege voranzuschreiten und eine Lösung herbeiführen zu helfen, wie sie das Ansehen des Reiches verlangt.

Sitzung des Staatsministeriums.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg." meldet unterm 27. d. M.: Das Königliche Staatsministerium trat unter dem Vorsitz seines Präsidenten Fürsten v. Bülow heute zu einer Sitzung zusammen.

Parteinachrichten.

Die freisinnige Partei für Oldenburg und Ostfriesland hielt gestern in Oldenburg eine Vertrauensmännerversammlung ab, in der zu den angedrohten Beamtenmaßregelungen der oldenburgischen Regierung Stellung genommen wurde. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der sie gegen das Vorgehen der Regierung protestiert und erklärt, sie sehe in der Bedrohung von Beamten durch Maßregelungen wegen deren politischer Betätigung eine Verletzung der Verfassung, nach der alle Staatsbürger das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift besitzen. Die Staatsregierung findet für ihr Vorgehen im Rechte nirgends eine Grundlage.

Allgemeine Mitteilungen.

— Die württembergische Regierung hat dem Landtage eine ausführliche Denkschrift über das Volksschulwesen vorgelegt, welche die grundsätzliche Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat, sei es ganz oder teilweise, ablehnt, dagegen dafür eintritt, daß sich der Staat in der Form von Staatsbeiträgen in immer weiterem Umfange nach dem Maße seiner Kräfte an der Befriedigung der Volksschule beteiligt.

— Der Ausschuß des Deutschen Handlungsgehilfentages ist in Hamburg zu seinen diesjährigen Verhandlungen zusammengetreten. Es sind dazu etwa 100 Teilnehmer aus allen Teilen des Deutschen Reiches und aus Oesterreich erschienen. Die Verhandlungen dienen der Vorbereitung des XI. Deutschen Handlungsgehilfentages, der vom 12. bis 14. Juni 1909 in Stutigart abgehalten werden wird.

— Nachdem die Arbeitnehmer im rheinisch-westfälischen Schreinergewerbe sich endgültig geweigert haben, in Verhandlungen über den von den Arbeitgebern geforderten Tarifvertrag einzutreten, sind für heute sämtliche Schreinergehilfen in Rheinland und Westfalen ausgesperrt worden. Bis jetzt beträgt die Zahl der Ausgesperrten 500. Es kommen noch weitere 1500—2000 Arbeiter in Betracht.

Heer und Flotte.

× **Wilhelmshaven**, 26. April. Der kleine Kreuzer „Cormoran" wird am 1. Mai in Dienst gestellt, um neben dem „Condor" als zweiter Stationskreuzer in der Südsee zu dienen. Es gilt als wahrscheinlich, daß der Kreuzer auf dem Wege dorthin noch vorübergehend Aufenthalt im Mittelmeer nehmen wird.

Deutscher Reichstag.

248. Sitzung am 26. April 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der

Novelle zur Zivilprozeßordnung, zum Gerichtskostengesetz, dem Gerichtsverfassungsgesetz und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte.

Beim Gerichtsverfassungsgesetz hat die Kommission die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte, die jetzt bei 300 Mark gezogen ist und nach der Vorlage auf 800 Mark erhöht werden sollte, auf 600 Mark festgesetzt.

Abg. Heinze (ntl.)

referiert über die Verhandlungen der Kommission hierüber und teilt gleich mit, daß bezüglich der Vereinfachung des Zivilprozeßverfahrens die Kommission sich im wesentlichen den Regierungsvorschlägen angeschlossen habe.

Abg. Wagner (kons.):

Die Normierung der Wertgrenze auf 600 Mark beruht auf einer Vereinbarung in der Kommission. Wir werden an dieser Vereinbarung festhalten. Ein Teil meiner Freunde allerdings stimmt einer Erhöhung der Wertgrenze nur zu im Verlaß auf das feste Versprechen der Regierung, daß kein bestehendes Amtsgericht aufgehoben wird. Eine allgemeine Erhöhung der Gebühren für Rechtsanwälte haben wir in diesem Gesetze nicht vornehmen wollen. Aber wir erkennen an, daß der Anwaltstand sich teilweise in einer Notlage befindet und wir stimmen deshalb auch der in der Kommission vereinbarten Resolution, welche eine Revision der Anwaltsgebühren-Ordnung wünscht, unter Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit und der gesteigerten Verteuerung aller Lebensverhältnisse, zu.

Abg. de Witt (Ztr.):

Meine Freunde sind mit den Kommissionsbeschlüssen im wesentlichen einverstanden, so auch hinsichtlich der Erhöhung der Wertgrenze für Zuständigkeit der Amtsgerichte. Wir glauben auch nicht, daß der Anwaltstand dadurch so sehr geschädigt werden wird. Zu wünschen ist, daß der Staatssekretär seine Erklärung wegen Aufrechterhaltung aller bestehenden Amtsgerichte hier nochmals wiederhole, damit nicht etwa hinterher doch noch Verschiebungen auf Drängen der Justizverwaltungen stattfinden. Ein Bedenken, den Amtsrichter für Prozesse bis zu 600 Mark Wert zuständig zu machen, kann um so weniger bestehen, als wir diese Grenze schon in Oesterreich und Frankreich haben. Eine Verschlechterung der Rechtsprechung ist also davon nicht zu befürchten. Für den Anwaltstand wird sich daraus allerdings zunächst manche Unzuträglichkeit ergeben, aber doch auch nur für eine Uebergangszeit, nicht für die Dauer.

Abg. Dove (frs. Vgg.):

Es ist gesagt worden, wir ständen vor einem Kompromiß, einer Vereinbarung auf die Wertgrenze von 600 Mark. Ich muß da doch erklären, daß ein Teil meiner Freunde auch jetzt noch nicht von der Richtigkeit einer solchen Erhöhung der Wertgrenze überzeugt ist und dagegen stimmen wird. Wenn der Abg. Wagner die freie Advokatur bemängelt und Maßnahmen von der Justizverwaltung erbeten hat, um den Anwaltsstand auf seiner Höhe zu erhalten, so muß ich da doch sagen: unser Anwaltsstand verdient auch jetzt noch die höchste Achtung, und wir würden den Schritt von der freien Advokatur zurück zu den Zuständen, wie sie vorher bestanden, nicht billigen. Auf derartige Wünsche bitten wir den Staatssekretär nicht einzugehen. Von der Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte erhoffen wir eine Einschränkung des Hilfsrichtertums.

Abg. Ablaß (frs. Vp.):

Auch meine Freunde wünschen unbedingt die freie Advokatur aufrecht erhalten zu sehen. Der vorliegende Entwurf ist lediglich eine Halbheit. Die Kommission hat der Vorlage zwar einige Giftzähne ausgebrochen, aber nicht in dem wünschenswerten Umfange. Bedauerlicherweise ist es nicht dem Amtsrichter, sondern nur dem Landrichter gestattet, Zeugen zur amtlichen Vernehmung aus eigenem Antriebe zu laden. Wir werden versuchen, dies bei der 2. Lesung zu ändern. Die Hauptsache bei der Vorlage ist aber für uns die Erhöhung der Wertgrenze. Es lag dazu gar keine Notwendigkeit vor. Die 600 Mark sind ebenso willkürlich gegriffen wie die 800 Mark der Vorlage. Ich bleibe dabei, die ganze Kompetenzerhöhung ist abzulehnen als etwas Schädliches. Ich werde mit einem Teil meiner Freunde gegen die Vorlage stimmen.

Staatssekretär Nieberding:

Ich verweise auf eine von dem preußischen Finanzminister abgegebene Erklärung, daß überall da, wo es nötig ist, eine Vermehrung der richterlichen Stellen stattfinden wird, so daß eine Ueberlastung der Richter trotz der Kompetenzerweiterung der Amtsgerichte nicht zu befürchten sein wird. Ich kann diese Erklärung hier nur namens der Regierungen wiederholen. Was in unserer Macht steht, die Verhältnisse des Anwaltsstandes zu bessern, wird stets geschehen. Ich kann zu meiner Genugtuung darauf hinweisen, daß bei Einführung der freien Advokatur die vorhandenen Anwälte keinen Protest dagegen erhoben. Ich darf erwarten, daß auch jetzt der Anwaltsstand sich vorurteilslos in die neuen Verhältnisse fügen wird. Für Preußen ist berechnet worden, daß unter diesem neuem Gesetz die Einnahmen der Anwälte sich nicht verringern, sondern sich noch steigern werden. Es ist anzunehmen, daß dasselbe im ganzen Reiche der Fall sein wird. Den Vorwurf der Halbheit, den uns der Vorredner gemacht hat, muß ich über uns ergehen lassen. Die Zeit wird zeigen, daß der Vorwurf unberechtigt ist.

Abg. Frank-Mannheim (Soz.)

vermißt an der Novelle grundlegende Reformideen. Gegen eine Antastung der freien Advokatur lege er ebenso und aus denselben Erwägungen Protest ein wie der Abg. Dove. Die definitive Stellungnahme zu dieser Vorlage behielten sich seine Freunde bis zur dritten Lesung vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090427018/fragment/page=0002

Abg. Bassermann (ntl.):

Nur ein Wort zu der freien Advokatur. Nur eine solche gibt Gewähr für eine tüchtige und unabhängige Mitwirkung des Anwaltstandes in der Rechtsprechung. Das Publikum hat außerdem ein Interesse daran, sich seinen Anwalt frei wählen zu können. Im ganzen können wir auch mit der Entwicklung unseres Anwaltstandes durchaus zufrieden sein. Schlechte Elemente, sittlich tiefer stehende, finden sich schließlich in allen Berufsständen, auch in solchen, wo Ehrengerichte vorhanden sind. Und solchen Elementen gegenüber haben die Ehrengerichte ihre Schuldigkeit getan.

Abg. Storz (südd. Vp.)

tritt im Einklang mit Dove und Bassermann dem Verlangen nach Einschränkung der freien Advokatur entgegen, wie man es aus den Worten des Abg. Wagner habe heraushören können.

Abg. Geßling (frs. Vp.)

erblickt in der vorliegenden Reform eine Halbheit, Stückwerk. Die ganze jetzige Situation sei zur Verabschiedung einer solchen Vorlage nicht geeignet. Das Interesse sei gegenwärtig zu sehr abgelenkt auf wichtigere politische Fragen, so daß man mit der Verabschiedung dieser Vorlage sehr gern noch ein Jahr hätte warten können. Nötig sei vor allem Vermehrung der Zahl der Richter, Beseitigung des Hilfsrichterwesens.

Abg. v. Dziembowski-Pomiak (Pole):

Die Vorlage ist fiskalisch, daran ändern alle Worte des Staatssekretärs nichts. Und wenn das wirklich nicht die Absicht der Vorlage war, so hat sie doch diese Wirkung.

Hierauf wird die Abänderung des § 23 Ger.-Verfass.-Ges. (Wertgrenze fortan 600 Mark) mit großer Mehrheit genehmigt.

Abg. Wagner (kons.)

stellt noch an der Hand des Stenogramms fest, daß er keineswegs für seine Person die Wiederabschaffung der freien Advokatur und Wiedereinführung des numerus clausus empfohlen habe.

Weiter entspinnt sich eine Debatte über die Frage der Kammern für Handelssachen als Gerichte zweiter Instanz. Die Regierungsvorlage ging dahin, die Kammern für Handelssachen sollen Berufungs- und Beschwerdegerichte in den in erster Instanz vor den Amtsgerichten verhandelten Handelssachen sein.

Die Kommission hat diese Vorschrift gestrichen in der Erwägung, daß es bei Berufung und Beschwerde hauptsächlich auf Entscheidung von Rechtsfragen ankomme. Dazu seien aber die Kammern für Handelssachen ungeeignet, wogegen sie sich allerdings bei Entscheidung von Tatfragen vermöge ihrer Sachverständigkeit gut bewährt hätten.

Ein Antrag Bassermann u. Gen., Nationalliberale, Freisinnige, Reichspartei, Sozialdemokraten, will die Bestimmung der Vorlage wiederherstellen.

Nach längerer Aussprache wird die Regierungsvorlage wieder hergestellt.

Eine Resolution der wirtschaftlichen Vereinigung, die Bezeichnung „Gerichtsschreiber" in „Gerichtssekretär" umzuwandeln, wird abgelehnt.

Angenommen wird ein Antrag, wonach der Fiskus für die Pauschalgebühr haften soll, die den Armenanwälten zusteht. Die baren Auslagen sollen von der Staatskasse bestritten und als Gerichtskosten in Ansatz gebracht werden.

Nach der Novelle kann das Gericht Bevollmächtigte und Beistände, welche das mündliche Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, zurückweisen.

Ein sozialdemokratischer Antrag fordert, daß diese Bestimmung keine Anwendung auf Arbeitersekretäre und Gewerkschaftsbeamte finden soll.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) begründet den Antrag.

Die Abgg. Dr. Hahn (kons.) und Barenhorst (Rp.) treten für die Rechtskonsulenten ein.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

Weiterberatung Dienstag 2 Uhr, ferner: Sicherung der Bauforderungen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

71. Sitzung vom 26. April.

Am Ministertisch: Frhr. von Rheinbaben, Schwartzkopf.

Vizepräsident Dr. Porsch eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 15 Min.

Das Haus ehrt das Andenken an den infolge Automobilunfalles verstorbenen Abg. Graf Gustav Ballestrem (Ztr.) durch Erheben von den Sitzen.

Der Kultusetat.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Kultusetat, Titel Ministergehalt.

Abg. Marx (Ztr.)

bedauert, daß der Kultusminister seinen Etat nicht selbst zu vertreten in der Lage sei. Für eine Trennung der Unterrichtsverwaltung vom Ministerium der geistlichen Angelegenheiten werde seine Partei niemals zu haben sein. Noch immer würden die Katholiken auf allen Gebieten zurückgesetzt. Jede klösterliche Niederlassung ist von der Genehmigung zweier Minister abhängig. Man sagt, die preußische Regierung zeige Wohlwollen bei Niederlassung von katholischen Orden. Für solches Wohlwollen sind wir dankbar; wir wollen aber kein Wohlwollen, sondern unser glattes Recht. (Lebh. Zustimmung im Ztr.) Uebrigens sind das Ordensniederlassungen zum Zwecke der Krankenpflege und sonstiger Wohltätigkeit. Will man gegen diese vorgehen? Das Volksschulunterhaltungsgesetz wird zu Ungunsten der Katholiken angewendet. In der Rheinprovinz hat die Regelung, wer Vorsitzender im Schulvorstand ist, großes Aufsehen erregt. Bisher war der Lokalschulinspektor fast überall Vorsitzender. Jetzt hat die Regierung der Rheinprovinz verfügt, daß schlechtweg der Bürgermeister Vorsitzender im Schulvorstande sein soll. Das ist ein plötzlicher Bruch mit dem bisherigen Zustande. Die Bekämpfung der Schundliteratur ist dringend notwendig. In Cöln hat ein 17jähriger Bursche einen 13jährigen Jungen mit einer Schnur erdrosselt, weil er einmal versuchen wollte, ob sich eine Erdrosselung so ausführen lasse, wie es in einem Roman geschildert war. Der Redner führt sodann Beschwerde, daß in Bütow i. P. keine katholische Schule eingerichtet sei, obgleich dort 194 katholische Schüler vorhanden sind.

Ministerialdirektor v. Chappuis:

Ueber die Ordensniederlassungen bestehen ähnliche Bestimmungen wie bei uns auch in katholischen Ländern, wie Oesterreich-Ungarn, Spanien usw. Dem preußischen Staat, in dem zwei Drittel der Bevölkerung evangelisch ist, wird man das gleiche Recht nicht bestreiten können wie katholischen Ländern.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopff:

Im allgemeinen ist die Bildung der Schulverbände überall in rechtmäßiger Weise erfolgt. Die Regelung des Vorsitzes in den Schulvorständen der Rheinprovinz entspricht dem historischen Zustande, da in den meisten Regierungsbezirken der Bürgermeister schon immer den Vorsitz führte. In Bütow soll eine katholische Schule errichtet werden.

Abg. Eickhoff (frs. Vp.):

Wir verlangen ein besonderes Unterrichtsministerium. Am wichtigsten ist aber im Augenblick die Beseitigung des Interregnums im Kultusministerium. Seit Jahr und Tag bleiben die wichtigsten Dinge liegen, weil der Minister krank ist. Wir bedauern sein tragisches Geschick, müssen aber eine Neubesetzung des Postens fordern. Der Redner bespricht dann die Berufung des Pfarrers Mahling aus Frankfurt an eine Berliner Theologieprofessur. Mahling habe literarisch und wissenschaftlich nichts geleistet, nur seine kirchlich-positive Richtung habe die Berufung zur Folge gehabt. Aus welchen Mitteln habe man für Prof. Bernhard ein neues Ordinariat geschaffen? Nötig sei die Errichtung von Lehrstühlen für Sozialpolitik und soziales Recht an den Hochschulen, auch an den technischen. Dann würde man auch das erforderliche Lehrermaterial für den Unterricht in der Bürgerkunde und Sozialpolitik an den Fortbildungsschulen gewinnen. (Sehr richtig! links.)

Abg. D. Hackenberg (ntl.):

Auch uns erscheint bei allem Mitgefühl mit dem erkrankten Kultusminister die lange Verwaisung des Ministeriums höchst bedenklich. So lange ist bei uns noch kein Ministerposten verwaist gewesen. Eine Neubesetzung des Ministeriums muß schleunigst erfolgen. Im Gegensatz zum Zentrum fordern wir ein besonderes Unterrichtsministerium. Der Umfang der Geschäfte des Unterrichtswesens ist so groß, daß eine besondere Zentralbehörde dafür unerläßlich ist. Ob angesichts der Absicht der Regierung, die Kreisschulaufsicht fachmännisch zu gestalten, die Aufrechterhaltung der geistlichen Ortsschulaufsicht möglich ist, ist höchst zweifelhaft. Die Kreisschulinspektionen werden meist mit seminarisch gebildeten Männern besetzt werden, da kann man die Ortsschulinspektionen nicht mit Akademikern besetzen. Man vergesse nicht die Schwachheit des Menschen. Auch die Ortsschulaufsicht muß fachmännisch, wirklich pädagogisch sein. Wie steht es mit der versprochenen Erhebung über den Volksschulunterricht und wie mit der Reform des Volksschullehrplans? Mit der versprochenen Vereinfachung des Lehrstoffes ist es nicht getan. Wozu der ausgiebige Unterricht in der alten deutschen Geschichte? So interessant das Leben unserer Altvorderen ist, zu unserem Leben hat es wenig Beziehungen. Der Unterricht in der neugeistlichen Geschichte ist viel wichtiger. Das Kulturgeschichtliche muß im Unterricht mehr hervortreten, und nicht nur der Lebensgang von Personen, die auf der Höhe des Lebens stehen. Der Lebensgang von Borsig, von Stephenson gehört in den Geschichtsunterricht. (Sehr richtig!) Wir Deutschen leiden immer noch an einer Ueberschätzung des Intellektuellen. In Amerika weiß man längst, daß es nicht möglich ist, junge Kinder vier Stunden lang hintereinander geistig zu behandeln, — fast hätte ich gesagt, geistig zu mißhandeln! Man sollte auch bei uns zwischen die einzelnen Unterrichtsstunden körperliche Uebungen einschieben. Die Berufung des Herrn Mahling ist auf das Separatvotum jenes einzigen Fakultätsmitglieds zurückzuführen, das mit der von den übrigen Fakultätsmitgliedern einstimmig aufgestellten Vorschlagsliste nicht einverstanden war. Dieses Separatvotum war eine Parteiforderung. (Sehr richtig! links.) Fort mit der justitia distribution, wenn es sich um die Berufung von Wissenschaftlern handelt! Herrn Mahling hat man vorgezogen, obwohl Simons sämtliche Anforderungen in höherem Maße erfüllte als Mahling. Wo bleibt bei dieser justitia distribution die Justiz? Positive Führer in meiner Heimat haben mich beauftragt, an dieser Stelle zu erklären, daß sie mit höchstem Befremden gesehen haben, wie ein Mann vom Schlage des Professor Simons zurückgesetzt wird hinter einem als Akademiker und Wissenschaftler noch unerprobtem Manne. (Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Ein Mann wie Minister Holle, der infolge Einsetzens seiner ganzen Kraft für sein schweres Amt niedergebrochen ist, darf erwarten, daß die Frage seiner Nachfolge erst dann erledigt wird, wenn jede Hoffnung geschwunden ist, daß wir ihn hier wieder arbeitsfähig unter uns sehen werden. Die ministerielle Verantwortung für das Kultusministerium zu übernehmen, ist an Stelle des Herrn Holle das gesamte Staatsministerium bereit.

Unterstaatssekretär Meyer:

Die Unterrichtsverwaltung schätzt den Professor Simons ganz außerordentlich. Aber sie muß sich unter allen Umständen die Freiheit der Entschließung darüber vorbehalten, ob sie den Fakultätsvorschlägen folgen will, oder ob sie pflichtmäßig der Krone andere Vorschläge machen soll. Im Falle Mahling sprachen gewichtige Gründe dafür, Mahling vor Simons den Vorzug zu geben. Für diese Entschließung war maßgebend, daß bereits an Stelle zweier Professoren positiver Richtung liberale Persönlichkeiten zur Nachfolge gewählt waren. Die Wahl Mahlings ist nicht durch politische Erwägungen veranlaßt, sondern durch akademische. Die Unterrichtsverwaltung will nicht einer bestimmten Partei dienen, sie will vielmehr etwaigen kirchlichen oder theologischen Einseitigkeiten begegnen. Mahling hat es überall verstanden, sich einen bedeutsamen großen Wirkungskreis zu schaffen, dessen Mittelpunkt er war. Er hat einen außerordentlich klaren Blick für die Schwierigkeiten des kirchlichen Lebens und ist jedem Parteiwesen abhold. Er hat in angestrengter Arbeit Gewaltiges geleistet. Daß er dabei nicht so viel Bücher schreiben kann, wie ein junger Theologe, der sich als Privatdozent niederläßt, ist wohl verständlich.

Abg. Dr. v. Jazdzewski (Pole)

fragt, wie es mit der Neubesetzung des Erzbistums Gnesen-Posen steht.

Ministerialdirektor v. Chappuis:

Die Verhandlungen schweben noch.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr.

Ausland.

Vom Zarentum Bulgarien.

Als die Pforte sich auf Betreiben Rußlands einst zur Einräumung eines besonderen Exarchats an die Bulgaren bequemte, da hatte die russische Diplomatie mit den Bulgaren als Werkzeug gegen die Türkei gerechnet. Bulgarien war durch seine Zusammensetzung unfähig, gegen die stillen und offenen Angriffe der Russen den Kampf aufzunehmen, bis es durch seinen Feldzug gegen Serbien sich als eine Balkanmacht politischer selbständiger Individualität erwies. Die Unabhängigkeitserklärung war unausbleiblich und sie ist gekommen, nachdem Bulgarien länger als die anderen Balkanländer in Schutt begraben, bereits vergessen war. Zu dem Staunen über die Kraft des Selbstgefühls des kleinen Staates gesellte sich die Meldung, daß Rußland, der langjährige Despot Bulgariens, nach der Unterzeichnung der Verständigung mit der Türkei, als erste Macht die Unabhängigkeit des neuen Königsreiches anerkannte. Jetzt kommt die Nachricht von einem neuen Petersburger Freundschaftsbeweis. Kaiser Nikolaus bereitet dem „Zaren der Bulgaren" eine ganz besondere Ehrung durch die Namensänderung eines Regimentes. Die Meldung lautet:

Petersburg, 26. April. Kaiser Nikolaus hat dem 54. russischen Infanterie-Regiment den Namen „Regiment Sr. Majestät des Zaren von Bulgarien" verliehen.

Nachdem bereits Frankreich und England die Anerkennung Bulgariens als Königreich angekündigt haben, folgt auch, wie eine Depesche meldet, Deutschland und Oesterreich den Beispielen der Großmächte. Die Nachricht lautet:

Wien, 26. April. An hiesigen informierten Stellen verlautet, Deutschland und Oesterreich werden, dem Beispiele der Großmächte folgend, in Bälde die Unabhängigkeit Bulgariens anerkennen.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 27. April.

Stadtverordneten-Sitzung.

Halle, 26. April.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Föhring, Oberlehrer Prof. Dr. Bangert und Fabrikant Greßler.

Es werden eine Reihe Anträge bekannt gegeben. Der 3. kommunale Verein macht Vorschläge zur Verlegung der Bedürfnisanstalt am Pfarrgarten der Moritzkirche. Die Sache wird einstweilen, bis der Magistrat Stellung genommen hat, zurückgelegt.

Der Bürgerverein für städtische Interessen bittet, das Grundstück Freybergs Garten nicht für den Bau von Kleinwohnungen zu veräußern. Der Magistrat solle an der Peripherie der Stadt Land für den Bau von Kleinwohnungen bereitstellen. Die Eingabe geht an den Bauausschuß.

Zurückgelegt wurde eine Eingabe der Leitung des Gaswerks Giebichenstein, nach der über 400 Bürger der Vororte sich gleichfalls in dem Sinne aussprechen, daß das Gas gut sei.

Der Magistrat teilt mit, daß Herr

Stadtrat Dönitz

aus Gesundheitsrücksichten sein Amt als unbesoldeter Stadtrat niedergelegt habe. Die Stadtverordneten danken für die Tätigkeit des Scheidenden durch Erheben von den Plätzen.

1. In Halle sind zurzeit achtzehn Bedürfnisanstalten vorhanden, die mit Wärterinnen besetzt sind. Die Reinigung, Bedienung und Beaufsichtigung der Anstalten unterstand bisher dem Tiefbauamt, doch hat der Magistrat beschlossen, sie vom 1. April 1909 ab der Straßenreinigung zu übertragen. Im Betriebe sollen von dem genannten Zeitpunkte ab folgende Aenderungen eintreten:

Der Dienst der Wärterinnen dauerte bisher von 7 Uhr morgens bis 11 Uhr abends. Sie erhielten einen Wochenlohn von 5 Mark mit Ausnahme von drei, die das für die Benutzung des Klosetts vereinnahmte Geld für sich behalten durften. Vom 1. April 1909 ab soll nun die Arbeitszeit der Wärterinnen verkürzt werden, und zwar in der Art, daß an den meisten Anstalten zwei Wärterinnen abwechselnd Dienst tun, eine von 7 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags und die andere von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends. Für jede Arbeitsschicht soll die Wärterin einen Lohn von 1 Mark erhalten. Die Benutzungsgebühr für die Klosetts soll von der Wärterin gegen Verabfolgung eines Kontrollzettels erhoben werden; die eingenommenen Beträge hat sie allwöchentlich unter Vorlegung eines Kontrollbuches an die Verwaltung abzuliefern.

Auch künftig wird in der Männer- und in der Frauenabteilung je ein Klosett unentgeltlich zur Benutzung freigegeben. Im übrigen soll für die Benutzung eines Klosetts eine

Gebühr von 10 Pfennigen

erhoben werden.

Die geplante Neuregelung des Wärterinnendienstes erfordert einen jährlichen Aufwand von insgesamt 10 951 Mk. Im Haushaltsplan für 1909 sind unter Kap. XIII. C. II. 6 für Löhne der Wärterinnen, Beschaffung von Geräten usw. jedoch nur 6000 Mark eingestellt. Es macht sich somit, um die Neuregelung durchführen zu können, eine Mehrausgabe von 4951 Mark erforderlich, doch ist zu erwarten, daß diese Mehrausgabe durch die Einnahmen aus der Benutzung des Klosetts — im Durchschnitt pro Anstalt und Tag 75 Pfg. — voll gedeckt werden.

Herr Stv. Osterburg wünschte den Tagelohn der Wärterinnen auf 2 Mark zu setzen. Die Versammlung genehmigte jedoch die Magistratsvorlage. (Ref. Herr Stv. Springer.)

2. Wie in den Vorjahren, so wird auch für das Jahr 1909 ein

Rennpreis von 1000 Mark

zu dem im Oktober auf den Passendorfer Wiesen stattfindenden Rennen des Sächsisch-Thüringischen Reiter- und Pferdezucht-Vereins aus Kap. XIX. Nr. 11 des Haupthaushaltsplanes bewilligt. (Ref. Herr Stv. Engelke.)

3. Der Buchbindermeister Moritz Elster beabsichtigt, auf seinem Grundstück Oleariusstraße 2 einen Neubau aufzuführen. Nach der für die Oleariusstraße festgesetzten Fluchtlinie entfallen von dieser Straße ca. 15 Quadratmeter Land zu dem bezeichneten Grundstück. Herr Elster will diese Parzelle zum Preise von 70 Mark pro Quadratmeter erwerben. Der Magistrat hält in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation diesen Preis für angemessen. Die Versammlung stimmt zu. (Ref. Herr Stv. Reichardt.)

4. Der Kaufmann Louis Haas in Magdeburg hat von dem von ihm zum Zweck der Neubebauung erworbenen ehemaligen Zuckersiederei-Grundstücke, hier, Parzellen mit 13 Quadratmeter, 37 Quadratmeter und 200 Quadratmeter Flächeninhalt, zusammen 250 Quadratmeter, fluchtlinienmäßig zur Glauchaerstraße abzutreten und Parzellen mit 23 Quadratmeter, 15 Quadratmeter und mit 19 Quadratmeter Flächeninhalt, zusammen 57 Quadratmeter zum Grundstück zu erwerben. Herr Haas ist damit einverstanden, daß Fläche gegen Fläche ausgetauscht wird; für das mehr abzutretende Land beansprucht er eine Entschädigung von 70 Mark pro Quadratmeter. Dieser Preis erscheint, wie der Referent Herr Stv. Gygas ausführt, zu hoch. Der Magistrat erachtet in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation eine Entschädigung von 50 Mark pro Quadratmeter für angemessen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090427018/fragment/page=0003

Die Versammlung ist der gleichen Ansicht, Sollte Herr Haas sich mit diesem Preise nicht einverstanden erklären, so wird enteignet.

5. Auf den Grundstücken Weingärten Nr. 29 und 30 sollen an Stelle der niedergelegten alten Gebäude Neubauten errichtet werden. Nach der Fluchtlinie entfällt von der einen Baustelle — Nr. 29 — eine Parzelle von 9 Quadratmeter Flächeninhalt zur Straße, während zur anderen Baustelle — Nr. 30 — 8 Quadratmeter Straßenland zu erwerben sind. Mit den Fischermeister Birnstielschen Eheleuten, in deren Eigentum die Grundstücke stehen, ist vereinbart worden, beide Parzellen gegeneinander auszutauschen. Das Abkommen wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Gygas.)

6. In Sachen betr. Enteignung einer Parzelle in Größe von 98 Quadratmeter, einer Parzelle in Größe von 76 Quadratmeter, einer Parzelle in Größe von 74 Quadratmeter und einer Parzelle in Größe von 69 Quadratmeter von den Grundstücken Mansfelderstraße Nr. 44 und Hafenstraße Nr. 45 bis 47, den Kehseschen Erben gehörig, hat der Bezirksausschuß zu Merseburg unterm 19. Febr. die Entschädigung, welche seitens der Stadtgemeinde Halle an die Grundstückseigentümer zu zahlen ist, in Summa auf 8790 Mark festgesetzt. Man beschließt, gegen die Entscheidung des Bezirksausschusses ein Rechtsmittel seitens der Stadtgemeinde nicht einzulegen. (Ref. Herr Stv. Gygas.)

7. Der Maurer- und Zimmermeister E. Hoppe, hier, läßt die alten Baulichkeiten auf den von ihm erworbenen Grundstücken Friedrichstraße 1 und Kapellengasse 8 und 9 niederlegen. Auf den zu einer Baustelle vereinigten drei Grundstücken will Herr Hoppe sodann einen Neubau in der planmäßigen Fluchtlinie errichten. Nach dieser entfällt eine Parzelle mit ca. 9 Quadratmeter Flächeninhalt zur Friedrichstraße, während an der Front des Unterberges ein schmaler Landstreifen von ca. 1 Quadratmeter Größe aus der Straße zur Baustelle zu erwerben ist. Herr Hoppe ist damit einverstanden, daß Fläche gegen Fläche ausgetauscht wird; für das mehr abzutretende Land beansprucht er eine Entschädigung von 80 Mark pro Quadratmeter. Der Magistrat hält in Uebereinstimmung mit der Stadtbaudeputation diesen Preis für angemessen.

Wie der Referent Herr Stv. Gygas darlegt, hatte der Eigentümer ursprünglich 120 Mark und dann 100 Mark verlangt. Die Versammlung genehmigt den Preis von 80 Mk.

8. Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 21. September 1908 ist der Ankauf des Grundstückes Mauerstraße Nr. 20 unter der Bedingung genehmigt worden, daß das Haus noch so lange stehen bleibe, bis die jetzt herrschende Wohnungsnot beseitigt ist. Bei der Uebernahme am 1. Februar 1909 wurde jedoch festgestellt, daß das Grundstück in seinem jetzigen Zustande kaum bewohnbar ist. Sofern eine Weitervermietung erfolgen sollte, müßten sämtliche Wohnungen instandgesetzt, die Fenster erneuert, das Dach umgedeckt und der Wandputz an den Außenseiten ausgebessert werden. Diese Instandsetzungen erfordern nach dem Anschlage des Hochbauamts einen Kostenaufwand von 1700 Mark. Magistrat und Baudeputation halten es aber nicht für ratsam, für Instandsetzungen an dem Grundstück noch so hohe Kosten aufzuwenden. Der Magistrat beantragt deshalb zuzustimmen, daß das Grundstück am 1. Oktober 1909 abgebrochen wird. Der Referent Herr Stv. Gygas empfiehlt den Antrag.

Herr Stv. Greßler bittet, den Antrag abzulehnen. Die Wohnungsnot sei dieses Jahr noch schlimmer als im vorigen Jahre. Damals hatten wir noch 560 leere Wohnungen, jetzt nur noch 240 unter 42 000 Wohnungen. Man braucht nicht so umfassende Reparaturen auszuführen, man könne es billiger machen. Acht kleine Wohnungen würden durch den Abbruch verschwinden, und das würde die furchtbare Wohnungsnot noch vergrößern. Auf drei Jahre solle man das Haus noch stehen lassen.

Herr Stv. Blumentritt befürwortet den Greßlerschen Antrag. 1700 Mark Reparaturen seien übrigens für acht Wohnungen nicht gar zu viel.

Die Herren Stvv. Kobert und Kühme sprechen gleichfalls für den Antrag Greßler.

Herr Stv. Stephan wünscht, die Angelegenheit an den Bauausschuß zu verweisen.

Herr Stv. Thiele ist für den Antrag Greßler. Die wenigsten Bürger hätten eine Ahnung von der unheimlichen Wohnungsnot. Ein Schriftsetzer, ein pünktlicher Mietezahler, der allerdings eine starke Familie hat, hat im vorigen Jahre keine Wohnung bekommen können. Er hat seine Familie nach Eisleben gebracht, er selbst lebt hier im Chambre garni. Es sei ein Jammer mit der Wohnungsnot. In grauenhaften Löchern wohnen viele Familien. Das sehe man erst so recht bei den jetzigen zahlreichen Abbrüchen. Der Magistrat solle doch mal eine Vorlage bringen: eine Million für die Anlage eines Quartiers mit schmucken Arbeiterwohnhäusern. Er würde gewiß Unterstützung in der Versammlung finden.

Schließlich wird die Vorlage an die Baukommission verwiesen.

9. Der Ingenieur Paul Schreck, Huttenstraße 6, bittet um baldigen Ausbau der Huttenstraße; zum mindesten daß einstweilen das Trottoir von der Merseburger- bis zur Liebenauerstraße auf der nördlichen Seite der Huttenstraße ausgebaut wird. Man beschließt Uebergang zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Stephan.)

10. Der Bezirk Halle des Deutschen Radfahrerbundes bittet, bei Neuanlegung und Neupflasterung von Straßen rechts und links einen schmalen Streifen für Radler freizulassen und diese durch eine andere Art Steine (sog. Schlackensteine) zu kennzeichnen. Die Versammlung beschließt Uebergang zur Tagesordnung, da sich die Einrichtung nicht bewährt habe. (Ref. Herr Stv. Stephan.)

Punkt 11 fällt aus.

12. Die Schmiede-Zwangs-Innung bittet, in den städtischen Schmiedewerkstätten nur die allernötigsten Arbeiten zur Ausführung zu bringen, alle übrigen Schmiedearbeiten aber, und namentlich den Hufbeschlag, von den hiesigen Schmiedemeistern ausführen zu lassen. Die Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da bereits im Sinne der Petenten verfahren werde. (Ref. Herr Stv. Döhler.)

Herr Stadtrat Grote bemerkt, daß die hiesigen Schmiede bereits seit 1. April von der Straßenreinigung für 7000 Mk. Arbeiten erhalten haben, im Vorjahre überhaupt für 20 885 Mark.

13. Herr Stv. Döhler referiert sodann über folgende vier Eingaben in Sachen der

Schneeabfuhr:

a) Eingabe der Vereinigung der Fuhrherren und sonstigen Geschirrhalter in Sachen der Straßenreinigung bezw. Beseitigung des Schnees und Eises von den Straßen der Stadt. — b) Der Buchhändler Ernst Heinicke bittet, die Straßenkreuzung Barfüßerstraße-Schulstraße schneller von Schnee und Eis zu befreien, da bei der Enge dieser Kreuzung Gefahren für Anwohner, Passanten und Fuhrwerke vorliegen. c) Der Spediteur-Verein beschwert sich über ungenügende Schneeabfuhr im diesjährigen Winter und bittet, in Zukunft Vorkehrungen zu treffen, daß eine Abfuhr der Schneemassen wie früher geregelt wird, als die Straßenreinigung noch den Hausbesitzern oblag. d) Der Vorstand des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen überreicht eine Resolution betr. die Schneeabfuhr und die Straßenreinigung folgenden Inhalts:

1. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Schneeabfuhr im März 1909 eine ungenügende gewesen ist, daß das bei der Schneeabfuhr angewendete System verbesserungsbedürftig ist, daß aber auch mit den aufgewendeten Mitteln die Abfuhr sachgemäßer und erfolgreicher geschehen konnte.
2. Die Versammlung bittet in Erwägung zu ziehen, ob die Erfahrungen des letzten Winters nicht eine Uebertragung der Schneeabfuhr oder der ganzen Straßenreinigung nach Revieren an private Unternehmer ratsam erscheinen lasse.

Wie der Referent ausführt, hat der Petitionsausschuß beschlossen, die Petitionen, soweit sie auf Besserung der Schneeabfuhr, auf Vermeidung der Wiederholung der argen Mißstände hinzielen, dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen; mit ihren besonderen Wünschen aber möchten sich die Petenten an den Magistrat wenden.

Die Versammlung folgt dem Antrage.

Herr Stv. Greßler referiert über Punkt 14 und 15: Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) bittet, die nötigen Schritte zur Herbeiführung einer

Arbeitslosen-Versicherung

in die Wege zu leiten; — das Gewerkschaftskartell zu Halle petitioniert um Einführung der Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System und unterbreitet zu diesem Zwecke folgende Forderungen:

1. Für möglichst viele Arbeitsgelegenheit durch Inangriffnahme von städtischen Arbeiten und Notstandsarbeiten zu sorgen;
2. Bereitstellung einer Summe zur Auszahlung von Bar-Unterstützungen an solche Arbeitslose zu allen Zeiten des Jahres, die bei sogenannten Notstandsarbeiten nicht beschäftigt werden können.
3. Einsetzung einer Kommission von Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordneten und der organisierten Arbeiterschaft, deren Aufgabe es ist, eine dauernde Regelung der Fürsorge für Arbeitslose zu treffen und eine ständige Kontrolle zu schaffen.

Der Referent verbreitet sich über die Erfahrungen, die man in Straßburg mit der Arbeiterversicherung gemacht hat; sie seien durchaus günstig. Der Petitionsausschuß sei der Ansicht, daß man sich mit diesem eminent wichtigen Thema auch in Halle befassen müsse und hat beschlossen, die Petitionen dem Magistrat zur Erwägung zu überweisen. Das geschieht, nachdem sich Herr Stv. Osterburg und Herr Stv. Kühme sich dafür ausgesprochen (ersterer wünscht sogar Berücksichtigung der Eingaben durch den Magistrat) und Herr Bürgermeister v. Holly betont hat, die Materie verdiene eingehende Beratung.

16. Der Viktualienhändler Karl Wernecke bittet um Vergütung desjenigen Schadens, der ihm infolge Ueberschwemmung des Kellers im Grundstück Feldstraße 4 durch Verderben seiner dort lagernden Waren entstanden ist. Der Gesamtschaden beläuft sich auf ca. 150 M. Die Petition wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. (Ref. Herr Stv. Thiele.)

17. Der Kaufmann Hermann Bauchwitz bittet, der auf dem Marktplatz vor seinem Grundstück aufgestellten Trinkhalle einen anderen Platz anzuweisen, da seine geschäftlichen Interessen durch den jetzigen Stand geschädigt werden. Die Sache wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. (Ref. Herr Stv. Nesse.)

18. Der ehemalige Meldeschreiber Friedrich Ollendorf bittet, nachdem ihm seine Stellung als solcher gekündigt worden ist, um Bewilligung von Ruhegeld. Man beschließt Uebergang zur Tagesordnung. (Ref. Herr Stv. Kobert.)

Außerhalb der Tagesordnung wird eine Petition des Turnvereins Fichte erledigt, der darlegt, daß der Magistrat ihm die Benutzung der Turnhallen entziehen wolle, indem er den Turnleitern die Berechtigung zum Turnunterricht — der Verein hat eine Jugendabteilung — abspreche. Es sei gegen die Verfügung des Magistrats Einspruch erhoben worden, aber die habe keine aufschiebende Wirkung. Die Stadtverordneten möchten sich dafür bemühen, daß ihnen die Turnhallen bis zur Entscheidung der Sache nicht entzogen werden. Die Versammlung beschließt, die Bitte dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Aufhebung des Kommunalsteuerprivilegs für die neu berufenen Beamten und Lehrer in Preußen übt ihre Wirkung schon insofern aus, als in verschiedenen Stadtverordnetenversammlungen betont ist, die kommunalsteuerpflichtigen städtischen Beamten dürften nicht mehr, wie bisher vielfach, in Vororten oder Nachbarorten wohnen, sondern nur am Dienstsitz selbst.

Der Verein der Eisengießerei-Firmen von Halle und Umgegend hat sich laut amtlicher Bekanntmachung aufgelöst.

Die Photographische Gesellschaft hat heute abend 8 Uhr im oberen Saale des „Reichshofes" Sitzung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Ueber Gelbscheiben und deren Gebrauch. 3. Projektionsvortrag: Herr Prof. Dr. Elder, „Bilder vom Oberrhein". 4. Neue Apparate und Utensilien. 5. Mitteilungen aus der Praxis. 6. Ausstellung von Bildern. Gäste, auch Damen, sind willkommen!

*

☞ Nachrichten über **Theater und Musik** und **Vermischtes** finden unsere Leser im „Unterhaltungsblatt".

Provinzial-Nachrichten.

Zur Maifeier!

Gera, 25. April. Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Bezirk Zeitz-Eisenberg-Gera, hat beschlossen, die am 1. Mai ganz oder teilweise feiernden Arbeiter bis zum 10. Mai früh auszusperren.

---

100 Bewerber.

Erfurt, 26. April. Für den vom Magistrat ausgeschriebenen Direktorposten am Erfurter Stadtheater haben sich 100 Bewerber gemeldet. Die Theaterkommission hat sieben von ihnen zur engeren Wahl gestellt. Am nächsten Mittwoch wird die Stadtverordnetenversammlung die definitive Wahl vornehmen.

Ueberfall auf der Eisenbahnfahrt.

Stadtfurt, 25. April. In einem Abteil der 4. Klasse des von Magdeburg über Blumenberg nach hier verkehrenden Eisenbahnzugs wurde eine Frau von einem mitreisenden Manne überfallen und vergewaltigt. Zwischen der Station Börnecke und Hecklingen, in der Nähe des Dorfes Gänsefurth, sprang der Verbrecher aus dem fahrenden Zuge und entkam trotz der eifrigen Recherchen, die nach Bekanntgabe des Vorfalles auf Station Hecklingen von der Polizei sofort aufgenommen worden.

? **Weißenfels**, 26. April. (Sein 50jähriges Berufsjubiläum) kann heute der Schuhmachermeister Louis Engelmann, Sauerstraße, feiern.

† **Weißenfels**, 26. April. (Ein schwerer Unglücksfall) ereignete sich gestern vormittag nach 11 Uhr an der Ecke Naumburgerstraße-Kleine Deichstraße. Ein Radfahrer, der Fahrkarte nach mit Namen Max Walter von hier, kam in schnellem Tempo die Naumburgerstraße herabgefahren. Erschreckt über das kaum leserliche Schild „Gesperrt" wollte er im letzten Augenblick in die Kleine Deichstraße einbiegen, verlor dabei aber die Gewalt über sein Rad und stieß direkt vor das Haus des Fleischermeisters Dose. Blutüberströmt und bewußtlos trugen ihn einige Männer in das naheliegende Krankenhaus.

* **Naumburg**, 26. April. (Das Offizierkorps des 4. Jägerbataillons) hat als Kasino-Räume einige Zimmer des ersten Stockes im Hotel zur Reichskrone vorläufig auf ein Jahr gemietet.

— **Eisleben**, 26. April. (Gründung eines Sängerbundes.) Durch die bestehenden Gesangvereine von Eisleben und Umgegend geht eine starke Bewegung zur Gründung eines Sängerbundes. Es findet demnächst in der Sache eine Versammlung aller beteiligten Vereine statt.

Letzte Nachrichten.

Abdul Hamids Herrschaft im Todeskampf.

Enver Bay als Parlamentär:

Konstantinopel, 26. April. Enver Bey und Niasi Bey sollen sich heute vormittag zum Sultan begeben haben und ihm im Namen der Nation die Abdankung nahegelegt haben. Kein Minister will mehr ein Portefeuille aus den Händen des Sultans empfangen. — Abdul Hamid selbst sitzt verlassen im Jildis und wartet auf die Befehle des Generalissimus. Er soll heute wiederholt den Wunsch geäußert haben, zu gehen und auf der Insel Cypern als Privatmann zu leben. Doch wird dies nicht für erstrebenswert gehalten. — (Wir verweisen auf die Meldung auf der ersten Seite des Blattes, nach der Enver Bey äußerte, am Montag gälte es, „die schwerste Arbeit zu vollbringen". — Ob er damit den Gang zum Sultan meinte? — Fast scheint es so. D. Red.)

Geheime Sitzung im Parlament.

Konstantinopel, 26. April. Der Präsident des Senats und der Kammer sowie die Mehrzahl der Abgeordneten und Senatoren sind per Bahn aus San Stefano hier eingetroffen. Von Militär begleitet, begaben sie sich ins Parlament, wo eine geheime Sitzung abgehalten wurde. In dieser Sitzung wird, wie verlautet, eine endgültige Entscheidung bezüglich des Sultans getroffen werden. Der Zugang zum Parlament ist gesperrt, die Sitzung ist völlig geheim.

Die Lage in Konstantinopel.

Konstantinopel, 26. April. Die Stadt hat wieder ihr gewöhnliches Aussehen. Die Geschäfte sind geöffnet, in den Straßen, die zur Pforte führen, bewegt sich eine kolossale Menschenmenge. Der Minister des Aeußeren Rifaat Pascha äußerte gegenüber einem Diplomaten, daß nach den Mitteilungen Mahmud Tewfet Paschas die Person und der Thron des Sultans nicht alteriert würden. In der Taximkaserne wütet seit heute früh eine Feuersbrunst.

Die Anerkennung Bulgariens als Königreich.

Wien, 26. April. Das türkisch-bulgarische Entente-Protokoll ist heute in Konstantinopel vertifiziert worden. Kaiser Franz Josef und der König von Italien sandten Glückwunschtelegramme an König Ferdinand.

Der Kronprinz in Wien.

Wien, 26. April. Der deutsche Kronprinz empfing heute den Minister des Aeußern, Freiherrn **von Aehrenthal**, in einer ziemlich langen Audienz.

Bayern und die Reichsfinanzreform.

München, 26. April. Nach einer Mitteilung der „Münchener Post" hofft man hier noch zuversichtlich, im Reichstag eine Mehrheit für die Erbschafts-Besteuerung zusammen zu bekommen. — Der bayerische Finanzminister wird am Mittwoch im Steuerausschuß namens der bayerischen Regierung deren Stellung zur Reichsfinanzreform erörtern.

Auf freien Fuß gesetzt.

Wilhelmshaven, 26. April. Der in der Werftdiebstahlangelegenheit verhaftete Millionär **A. Bernstein** in Hamburg wurde auf Beschluß der Kammer 4 in Aurich auf freien Fuß gesetzt. Die Verteidigung führt Rechtsanwalt Heyne-Wilhelmshaven.

Die Unterschlagungen bei der Gerlinger Darlehnskasse.

Gerlingen (Württemberg), 26. April. Die Untersuchung gegen die hiesige Darlehnskasse ist nach wochenlanger Arbeit nunmehr abgeschlossen worden. Es wurde ein Fehlbetrag von 59000 Mark festgestellt. Der Rechner, der sich bisher auf freiem Fuße befand, wurde verhaftet.

Unterhaltungsblatt.

Die Wirtin im Sunk. Erzählung aus der Tauernwelt von Arthur Achleitner. (Forts.) — Der geliebte Name. Von Carl Bulcke. (Forts.) — Theater und Musik. — Vermischtes. — Literatur.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090427018/fragment/page=0004

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“.)

3 Uhr 10 Min. Kredit 201,50, Diskonto 189,87, Deutsche Bank 241,62, Kanada 175,37, Paketfahrt 118,12, Nordd. Lloyd 89,87, Russische Anleihe von 1902 85,60, Laurahütte 195,30, Bochumer Guss 225,50, Harpener 192, Gelsenkirchen 185,37, Berliner Handelsgesellschaft 172,50, Baltimore 113,37, Phönix 170,37, Dresdner Bank 149,87, Schaffhausen 133, Lombarden 17,60, A. E.-G. 235,12, Siemens & Halske 217,25, Deutsche Uebersee 157,50, Luxemburger 186. — Tendenz: Fest.

Am Kassamarkt notierten höher: Patzenhofer Brauerei 3, Victoria-Brauerei 2, Bertholds Messinglinien 5, Kyffhäuserhütte 9,75 geg. l. Notiz, Nordpark Terrain 45 Mk., Hoffmann Waggon 4, Linke 5, Guttmann Masch. 3, Nienburger Eisen 3, Ver. Nickelwerke 4, Albert chem. Fabr. 7, Elberfelder Farben 2, Berlin-Neurodder Kunst-Anst. 4,70, Deutsche Gasglühlicht 4,50. Charlottenburger Wasserwerke 7, Akkumulatoren-Fabrik 2, Bergmann Elektr. 5, Bamberg Spinnerei 3, Bremer Wolle 3, Gladbacher Wolle 4, Ravensberger Spinner 2, Stöhr Kammgarn 3, Gebhard Spinnerei 4, Rositzer Zucker 2, Harburger Wien 2,50, Börsperde 3, Eisenach Kraft 3,50; niedriger: Adler Zement-Fabr. 2, Lübecker Masch. 2,50, Müller Speisefett 2,50, Schweig, Glashütte 2, Königsborn 2,75, Westeregeln 3.

*

Londoner Börse vom 25. April. Es notierten: Engl. Konsols 85,00. Rio Tinto 73,12, Geduld 5,25, Goldfields 5,31, Steel com. 55,26, Steel prefs. 117,75, Rand Mines 5,62, Anaconda 9,37.

400 Millionen Mark vierprozentige Deutsche Reichs- und Preussische consolidierte Staatsanleihe.

Zeichnungen werden von der Vereinigung Hallescher Bankfirmen, deren Mitglieder wir nachstehend namentlich aufführen, kostenlos entgegengenommen:

D. H. Apelt & Sohn, B. J. Baer, Bank für Handel und Industrie, Filiale Halle a. S.,
Filiale der Magdeburger Privatbank Halle a. S.,
G. H. Fischer, Frenkel & Poetsch, Friedmann & Co.,
Friedmann & Weinstock, Gewerbebank e. G. m. b. H.,
Ernst Haassengier & Co., Hallescher Bankverein von Kulisch, Kaempf & Co.,
Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen, H. F. Lehmann,
Peckolt & Raake, Robert Rosenberg, Paul Schausell & Co.,
L. Schönlicht, Schweinsberg & Schröder,
Spar- und Vorschuss-Bank, Reinhold Steckner,
Woldemar Thoss.

Reichsbank. Der Status der Bank hat in der dritten Aprilwohche eine weitere, und zwar wesentliche Kräftigung erfahren. Während um die Mitte der Vorwoche eine Besserung der Position des deutschen Zentralnoteninstituts um rund 80 Millionen Mark ausgewiesen wurde, hat sich diese am Schluss der Berichtswoche auf 130 888 000 Mk. gegen 127 656 000 Mk. beziehentlich 123 812 000 Mk. in den beiden Vorjahren erhöhen können. Die steuerfreie Notenreserve stellt sich dementsprechend nunmehr auf 173 899 000 Mk. gegen 98 032 000 Mk. und 113 521 000 Mk. in den beiden Vorjahren. Der Metallbestand weist eine Vermehrung um 50 953 000 Mk. gegen 52 060 000 Mk. und 58 017 000 Mk. in den beiden Vorjahren auf. Hiervon entfallen auf den Goldbestand, der am Schluss der dritten Aprilwoche mit 833 365 000 Mk. ausgewiesen wird, allein 40 009 000 Mark. Die Anlagen in Wechseln verminderten sich um 48 937 001 Mark (— 53 752 000 Mk. und — 66 536 000 Mk.), jene in Lombards ebenfalls, und zwar um 20 802 000 Mk. (— 16 892 000 Mk. und — 26 811 000 Mk.). Die Effekten erfuhren eine Abnahme um 17 445 000 Mk. (— 7 530 000 Mk. und — 19 547 000 Mk.). Die Giroeinlagen nahmen um 40 128 000 Mk. (+ 39 211 000 Mk. und + 13 117 000 Mk.) zu.

Schwarzburgische Landesbank in Sondershausen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes über das Rechnungsjahr 1908 verlief dieses im grossen und ganzen in befriedigender Weise. Der Gesamtumsatz betrug 262 802 388 (241 663 070) Mk. Der Reingewinn stellt sich auf 157 090 (182 656) Mk. Hieraus sollen 8 Proz. Dividende gleich 80 000 Mk. (wie i. V.) verteilt und 45 776 (31 118) Mk. vorgetragen werden.

Vom Kalisyndikat. Heute findet in Berlin eine erweiterte Kommissionssitzung statt, welcher der von dem Redaktionsausschusse des Kalisyndikats ausgearbeitete Entwurf eines neuen Syndikatsvertrages zur weiteren Beratung vorgelegt werden soll. Aus diesem Anlass tritt der Aufsichtsrat des Kalisyndikats heute nachmittag zu einer Besprechung zusammen, die aber hauptsächlich interne Geschäftsangelegenheiten betreffen.

Die Sanierung der Harzer Werke. Die Beschlüsse der letzten Generalversammlung bestätigen, dass kein Aktionär sich an der Sanierungsaktien zu beteiligen braucht. Der in Frage kommende Passus lautet:

Jedem Aktionär steht frei, jede Aktie in eine Vorzugs-40 Proz. des Nennwertes, also 120 Mark für jede Aktie bar einzahlt, oder aber von je vier Aktien drei derselben behufs ihrer Vernichtung zum Zwecke der Herabsetzung des Grundkapitals der Gesellschaft überlässt.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat. Die Zechenbesitzerversammlung beschloss, die bisherige Fördereinschränkung in Kohlen von 20 Proz. und in Koks von 40 Proz. bestehen zu lassen, dagegen die Einschränkung in der Brikettproduktion um 7½ auf 20 Proz. zu ermässigen. Aus den Mitteilungen des Vorstandes ist hervorzuheben, dass die endgültige Regelung der Hüttenzechenfrage immer noch nicht zum Abschluss gekommen, weil die Zeche Friedrich der Grosse sich noch nicht zur Unterzeichnung des Vertrages über die Begrenzung des Selbstverbrauches der Hüttenzechen verstehen konnte.

Konsolidierte Alkaliwerke Westeregeln Akt.-Ges. Den Abschluss der Gesellschaft, die für das Jahr ihren Dividendensatz von 13 auf 10 Proz. ermässigt, haben wir bereits wiedergegeben. Im Geschäftsbericht bemerkt die Verwaltung, dass sie es für richtig gehalten hat, die Abschreibungen (1 045 926 gegen 1 000 277 Mk.) in der bisherigen Höhe festzuhalten, obwohl der geringere Ueberschuss im Verein mit der Tatsache, dass auf den sämtlichen Anlagekonten seit langen Jahren sehr reichlich abgeschrieben worden sei, eine Verminderung der diesjährigen Abschreibungen nahegelegt hätte. — Der neue Salzschacht V bei Hadmersleben wurde im jüngeren Steinsalz und Anhydrit weiter abgeteuft und ausgebaut; die Schachtsohle steht zurzeit bei 440 m an. Bei 285 und 428 m Teufe wurden Abbausohlen angesetzt und auf der ersten Sohle das Kalilager angefahren.

Thyssen soll der „Köln. Volksztg.“ zufolge nun doch, wenn auch nicht auf eine völlige Verschmelzung, so doch auf eine enge Interessengemeinschaft mit der deutsch-luxemburgischen Bergwerksgesellschaft und dem Deutschen Kaiser hinarbeiten. Dem letzteren Unternehmen soll es darum zu tun sein, vom Kohlensyndikat wieder ganz unabhängig zu werden, um seine ausgedehnten Kohlenfelder beliebig aufzuschliessen und auszubeuten.

Sitzendorfer Porzellanmanufaktur, Akt.-Ges., vorm. Gebr. Volgt. Wie der Vorstand in seinem Bericht bemerkt, ist der Umsatz hinter demjenigen des Vorjahres weit zurückgeblieben, während die Geschäftsunkosten sich wesentlich höher gestellt haben. Der Abschluss ergibt einen Betriebsverlust von 5385 Mk., der sich durch die vorgenommenen Abschreibungen von 43 967 Mark auf 49 352 Mk. erhöht.

Aehnlich den bereits veröffentlichten Ausweisen anderer Kohlenzechen zeigt auch der Betriebsausweis der Harpener Bergbaugesellschaft für das erste Quartal 1909 im Vergleich mit dem Ergebnis des Vorjahres einen beträchtlichen Rückgang; er stellt sich auf 3 840 000 Mk. gegen 4 544 000 Mk. zur gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings ist bei diesem Ergebnis zu berücksichtigen, dass das diesjährige erste Quartal zwei Arbeitstage weniger aufzuweisen hatte als das erste Quartal 1908.

A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens in Dresden. Der Bruttogewinn sämtlicher Unternehmungen der Gesellschaft betrug in 1908 4 705 541 (i. V. 4 767 369) Mk., wozu noch 24 751 (61 739) Mk. Agiogewinn und 51 560 (39 900) Mk. Gewinnrest aus dem Vorjahre treten. Nach Kürzung von 1 182 866 (1 192 389) Mk. für Abschreibungen stehen 1 785 716 (1 933 900) Mark Reingewinn zur Verfügung. Es sollen wiederum 16 Proz. Dividende verteilt werden. Die Unsicherheit in bezug auf Erledigung der Steuervorlagen in Deutschland und die unsichere politische Lage, besonders in Oesterreich-Ungarn, brachte in den ersten Monaten des neuen Jahres allgemein grosse Zurückhaltung in der Erteilung von Aufträgen und eine knappe Abnahme bestellter Waren mit sich. Seit Beginn des Frühjahrs ist mehr Leben in das Geschäft gekommen. Augenblicklich sind die Fabriken genügend beschäftigt.

Fritz Schulz jun., Akt.-Ges. in Leipzig. Wie aus Prag gemeldet wird, errichtet die Gesellschaft in Aussig, Prödlitzer Stadtteil, eine Fabrik zur Erzeugung chemisch-technischer Produkte (Metallputzmittel, Putzseife und Pomade).

Passage-Kaufhaus. Ein neuer Aufsichtsrat der „Passage-Kaufhaus Akt.-Ges.“ sowie der damit verbundenen „Passage-Kaufhaus-Betriebsgesellschaft m. b. H.“ hat sich laut „Dt. Confection“ soeben konstituiert. Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft setzt sich folgendermassen zusammen: Geh. Kommerzienrat Julius Woog, Rechtsanwalt Willy Abrahamsohn, Rechtsanwalt Caro, Kammerherr Freiherr v. Keudell, Fabrikbesitzer Wilh. Wolf, Justizrat Böhm und Dr. Ichenhäuser. Der Passage-Kaufhaus-Betriebsgesellschaft m. b. H., deren Aktien sich fast sämtlich im Besitz der Passage-Kaufhaus Akt.-Ges. befinden, gehört der gleiche Aufsichtsrat an, nur dass hier Herr Otto Markiewicz, Generaldirektor der Passage-Kaufhaus Akt.-Ges., den Vorsitz inne hat. Das Kapital der Betriebsgesellschaft wird vorläufig auf annähernd 3 Mill. Mk. erhöht, und voraussichtlich wird die Gesellschaft in nicht allzu ferner Zeit auf eine breite finanzielle Basis gestellt werden.

Sachsenwerk, Licht- und Kraft-Akt.-Ges. in Dresden. Die Gesellschaft, die im Jahre 1908 eine Sanierung (Zuzahlung von 40 Proz. auf einen Teil der Aktien und deren Umwandlung in Vorzugsaktien) vorgenommen hat, weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Warengewinn von 876 012 (821 737) Mk. aus. Die allgemeinen Unkosten betrugen 535 488 (496 892) Mk. Es verbleibt ein reiner Betriebsüberschuss von 136 134 (129 907) Mark. Aus dem Ueberschuss von 136 134 Mk. wird zum ersten Male seit der 1903 erfolgten Gründung der Gesellschaft eine Dividende ausgeschüttet, allerdings erhalten nur die 1 500 600 Mk. Vorzugsaktien eine Dividende von 4 Proz., während 48 737 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Gehe & Co., Akt.-Ges., Fabrikation von Drogen in Dresden. Das Geschäftsjahr 1908 erbrachte einen Ueberschuss von 233 137 (420 238) Mk. inkl. 160 767 (142 964) Mk. Gewinnvortrag. Da die Verwaltung das geringere Jahreserträgnis nur als eine vorübergehende Erscheinung glaubt ansehen zu dürfen, bringt sie wiederum eine Dividende von 14 Proz. in Vorschlag, während 38 600 Mk. auf neue Rechnung vorgeschlagen werden sollen.

Aus der Jute-Industrie. Die geplante verstärkte Betriebseinschränkung der indischen Jutefabriken in Kalkutta ist nicht zustande gekommen.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse. 26. April. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 243—244,00. Roggen inl. 175,00—177. Hafer, märkischer mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer frei 198—204, mittel 191—195, gering 187—190, russischer mittel u. gering 177—187. Mais, runder 174—177. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 158—174, gute 175—186, russische und Donau leichte 143 bis 146. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 190—197, kleine —,—. Weizenmehl 00 36,45—32,50. Roggenmehl 0 und 1 21,50—8,90. Weizenkleie 11,70—13,25. Roggenkleie 11 60—12,30. (Alles frei Bamb.

Hamburg, 26. April. (Getreidemarkt.) Weizen fest, Ostholst. Mecklbg., 243—245. Roggen fest, Mecklburg. und Pomm. 180—185. Gerste fest, südlauss. 128—135. Hafer fest, Holst. 192—194. Mecklenburger 194—198. Mais fest, La Plata 132—135 mixed. 138—140.

Pest, 26. April. Weizen fest, per April 14,57 Gd., 14,68 B., Roggen per Oktbr. 9,51 Gd., 9,63 Br. Hafer per April 8,90 Gd., 8,91 Br. Mais per Mai 7,50 Gd., 7,51 Br.

Antwerpen, 26. April. Deutscher La Platazug, Kontrakt B., per April —,—, Juni 5,75, Aug. 5,72½, Okt. 5,70, Dez. 5,67½ Fr. Behpt. Umsatz 210,000 kg.

London, 26. April. Baltic markt. An der Küste angekommene Weizenladungen 0, zum Verkauf 8 angebotene Weizenladungen. Liverpool, 26. April. Roter Winterweizen per Mai 5,7½d., per Juli 5,8½d. Behpt. Mais, bunter, amerikanischer per Mai —, per Juli 5,4½d. Still.

Zucker.

Hamburg, 26. April. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per April	21,00	21,05	21,05 Mk.
„ Mai	21,05	21,05	21,05 „
„ August	21,35	21,40	21,35 „
„ Oktober	19,95	20,00	19,95 „
„ Dezember	19,90	19,90	19,90 „
„ März	20,20	20,25	20,20 „
	behauptet	behauptet	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 26. April. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per Mai	34½ Gd.	34¾ Gd.	34¾ Gd.
„ September	33 Gd.	33¼ Gd.	33¼ Gd.
„ Dezember	32 Gd.	32 Gd.	32 Gd.
„ März	32 Gd.	32 Gd.	32 Gd.
	still	behauptet	behauptet

Havre, 26. April. Kaffee good average Santos per Mai 44¼, per Sept. 42½, per Dez. 41¾, per März 41½. Still

Rio de Janeiro, 26. April. Kaffee-Zufuhren 3 000 Sack in Rio 2 000 Sack in Santos.

Spiritus.

Nordhausen, 26. April. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg 105—106 l) 62,75—63,75 M., 40. 45 Vol. Proz. für 100 kg (108—107 l) 69,25—71,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Hamburg, 26. April Stadtschmalz 61,00, amerik. Steam 51,50, Chamberlain 53,75. Still.

Köln, 26. April. Rüböl loko 59,00, per Mai 58,50.

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 26. April. Kartoffelmehl und -Stärke 22,50—23,00. Feuchte Stärke —,—.

Magdeburg, 26. April. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 22,75—23,25.

Eier.

Berlin, 26. April. Eier pro Schock, vollfrische in- und ausländ —,— —,—, südrussische erste Sorte —,—, bessere poln., galiz., ungar und ähnliche Sorten 3,90—4,00 geringe inländ., poln. und galizische Sorten 3,00 3,10 M., Kühlhauseier (oder Kiste —,—) Kalkeier —,zweite Sorten —, kleine Eier 2,80—2,90 M. Tendenz: Flau.

Chemische Produkte

Hamburg, 26. April. Chilisalpeter per loco 10,57½, Febr.-März 9,55 frei Fahrzeug Hamburg.

Wolle.

Bremen, 26. April. Baumwolle behpt. Upl loko middl. 52½ Pfg.

Liverpool, 26. April. Baumwolle. Umsatz 8,000 Ballen., davon Import 3 000 Ballen, davon Amerikaner 5,00 Ballen. Behpt.

Liverpool, 26. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 7,62.

Alexandria, 26. April. Aegyptische Baumwolle per Mai 15,05, Juli 15,05, Nov. 15,06.

Metalle.

London, 26. April. Chili-Kupfer stetig 53¾, 3 Mon. 58¾. Zinn Straits stetig 133¾, 3 Monat 134¾. Blei span., stetig 13½, englisch 13½. Zink, gewöhnliche Marke, stetig 21¾, spez. Marke 22½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	26. 4.	24. 4.	Chicago.	26. 4.	24. 4.
Weizen p. Mai	124	124¼	Weizen p. Mai	118⅞	119⅞
„ „ Juli	114	115¼	„ „ Juli	106⅞	107⅞
Mais p. Mai	76⅞	77⅝	Mais p. Mai	69⅜	68⅞
„ „ Juli	75½	75½	„ „ Juli	67¾	66¾
Mehl Spring clears	5,10	5,10	Hafer p. Mai	55⅜	55⅛
Kaffee Fair Rio Nr. 7	8,02	8,02	„ „ Juli	48⅜	48⅜
„ p. April	6,75	6,65	Roggen p. Mai	80¾	80¾
„ „ Mai	6,75	6,65	Schmalz „ Mai	10.25	10,30
Petroleum in Cases	10,90	10,90	„ „ Juli	10,37	10,42
do. in New York	8,50	8,50			
do. in Philadelphia	8,45	8,45			

Tendenz: Weizen stetig, Mais fest.

Schiffsnachrichten

Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd in Bremen ab Bremerhaven vom 25. April bis 1. Mai 1909: Kronprinz Wilhelm 27. April nach New York über Southampton/Cherbourg. Berlin 1. Mai nach New York über Southampton/Cherbourg. Prinz Oskar 1. Mai nach Canada. Tübingen 1. Mai nach Argentinien.

Wasserstände.

(+ bedeutet über. — unter Null.)

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	25. April	+1,02	26. April	+1,00		2	—
Nebra, Oberpegel	„	+9,05	„	+9,02		4	—
„ Unterpegel	„	+1,64	„	+1,54		10	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,62	„	+2,56		6	—
„ Unterpegel	„	+0,36	„	+0,24		12	—
Frotha	25.	+2,66	26.	+2,45		20	—
Aisleben, Oberpegel	25.	+2,46	26.	+2,38		—	12
„ Unterpegel	„	+4,66	„	+4,20		46	—
Bernburg	„	+1,80	„	+1,72		8	—
Kalbe, Oberpegel	„	+1,84	„	+1,76		8	—
do. Unterpegel	„	+1,08	„	+1,04		4	—

Iser. Eger. Elbe. Moldau.	April	Fall	Wuchs		April	Fall	Wuchs
Budweis	25. +0,55	11	—	Torgau	26. +2,45	12	—
Prag	„ —	—	—	Wittenberg	„ +3,03	25	—
Jungbunzl.	„ +0,47	8	—	Rosslau	„ +2,98	7	—
Laun	„ +1,21	27	—	Barby	„ +3,25	1	—
Pardubitz	„ +0,76	40	—	Magdeburg	„ +3,70	—	2
Brandeis	„ +1,79	—	—	Tangermde.	„ +3,63	3	—
Melnik	„ +1,26	10	—	Wittenbrge.	„ +5,28	—	8
Leitmeritz	26. +1,02	4	—	Dömitz, Peg.	25. +2,66	4	—
Aussig	„ +1,56	—	—	Hohnstorf	26. +2,63	1	—
Dresden	„ +0,08	6	—	Lauenburg	„ +2,68	1	—

Aussig 26 April. Pegelstand Puls 156 cm. Vom Oberlauf werden 9 cm Fall gemeldet.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenziger, Berlin.

25. April 1909.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorprämien bezw. Käufer für Rückprämien:

	Vorprämien. Mai	Vorprämien. Juni	Rückprämien. Mai	Rückprämien. Juni
Lombarden	18⅝—⅞	18¾—1⅛	16⅞—⅞	16¼—1⅛
Franzosen	151—1½	151¼—3	148—1½	147¼—2
Baltimore	115¼—1⅞	115⅞—2⅝	111⅝—1⅞	110⅝—2⅝
Canad. Pacific	177¾—2⅝	178½—3	175 3/8—3	174½—3
Türken-Lose	147¾—2¼	148¾—5	—	—
Darmstädt. B.	133½—2	134¼—2⅞	—	—
Disc. Comm.	192¼—2	193—2¼	188½—2	187½—2¾
Berl. Hdlsges.	174¾—2½	—	170¾—2¼	—
Dtsch. Bank	244¼—2⅞	245¼—2⅞	238¾—2½	239⅞—2⅞
Dresdner Bk.	152—2	152¾—2⅝	148—2	147¾—2⅝
Oesterr. Cred.	201⅞—2¼	202⅝—2¾	197⅝—2¼	197½—2¾
Russenbank	143¼—2½	144—3	—	—
Dynam. Trust	166⅝—2¼	167½—3	162¼—2½	161½—3
Hamb. Packet	120¼—2	121—2½	116¼—2	115½—2¾
Nordd. Lloyd	91¼—1⅞	92¾—2⅛	88—1⅞	87—2⅛
Prince Henry	126⅝—2¼	127¼—2½	121¼—2¼	121—3½
Gr. Berl. Strb.	—	184⅝—3½	—	178¾—5½
3% Reichsanl.	87⅛—3⅛	87½—3¼	—	—
Russen v. 1902	86⅝—1	86¾—1¼	—	—
Bochumer	229¾—3⅝	230⅝—4⅛	222⅝—3⅝	221¾—4⅝
Laura	199¼—3¼	200⅝—4½	193—3½	192½—4½
Gelsenkirch.	190—3¾	191⅝—4⅝	183—3½	182½—4⅝
Harpener	195½—3½	196⅝—4½	188½—3½	187¾—4⅝
Phönix	173⅞—3¾	175—4⅝	164¼—3¾	166¼—4⅝
D.-Luxemb.	192½—5	193½—6½	182½—5	151—6½
Dortmunder	65⅝—2½	64¼—3	—	—
A. E. G.	237¾—3½	239—4½	230½—3¼	229¾—4½

Vorprämien per Juli: Lombarden 18⅞—1⅛, Baltimore 116⅛ bis 3⅛, Canada 179⅛—3½, Türken —,—, Darmstädter Bank —,— Bochumer 232—5½, Laura 201½—5½, Gelsenkirchen 192⅝—5⅝, Phönix 176⅞—5½, Harpener 197⅞—5½, A. E. G. 240½—5½.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kali-Kuxen, von Samuel Zielenziger, Berlin und Essen. 25. April.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Adler-Kali V.-A.	—	—	Hugo	2800	2850
Alexandershall	7700	7800	Immenrode	3350	3500
Beienrode	5200	5400	Johannashall	3500	3600
Burbach	12,200	12,300	Justus I	68	69
Carlsfund	6750	6900	Kaiseroda	6700	7000
Cecilienhall	—	—	Krügershall-Akt.	82	84
Desdemona	6400	—	Ludwigshall	71	73
Dtsch. Kali-Akt.	108½	109½	Neustassfurt	—	10,250
Deutschland	3250	3300	Reichskrone		
Friedrichshall	95	97	(Lossa)	1125	1200
Glückauf Sondershausen	16,400	17,000	Roland	—	—
Günthershall	3800	4000	Ronneberg (Akt.)	126	—
Hann. Kali-Akt	—	—	Rothenberg	1575	1600
Hansa	3250	3300	Sachsen-Weimar	3300	3400
Hattorf Vorz.-A.	—	—	Schieferkaute	—	—
Heldburg	69½	70½	Siegfried I	3600	3700
Heldrungen I	1200	1250	Sigmundshall	139	142
Heldrungen II	1110	1150	Teutonia-Akt.	153	156
Hermann II	—	—	Wilhelmshall	10,300	10,400
Hohenfels	6300	6500	Wintershall	12,200	12,400
Hohenzollern	3150	3300			

Leitung: Wilhelm Georg.
Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Katz; für den Inseratenteil: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich „Unterhaltungsblatt“.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19090427018/fragment/page=0005

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q₁ quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q₂ do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q₃ do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 26. April 1909

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 3½%, Lombardzinsfuß 4½%, Privatdiskont 1¾%.
Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																																																
Dt. Rchs. Sch	d	4	101.50G	Spandau 91	d	4	101.00G	Rss. Staatsrt	q₃	4	84.60bG	Zschpk Finst	d	3½	—.—	Nordd. Gr. XII	d	4	100.25bG	König Wilh. 2	a	4½	101.10b	Dtsch. Ans. B.	a	4	95.00G	Carlshütte	7	7½	119.75bG	Kali Aschrsl.	1	10	158.00bB	Schl. El. u. G. B	1	9½	176.40bG
do. 1.4.12	d	4	101.75G	do. 95	d	3½	94.40G	do. Nicolai-B	e	4	—.—	Böhm. Nrdb G	a	4	99.75G	do. XIV	d	3½	96.75G	do. uk. 1910	a	*4	—.—	Landb. Obl. 3	a	4½	101.20b	Cart. Loschw	7	19	335.00G	KaplerMsch.	1	4	84.25bG	do. Kohlen	7	0	14.50G
do. 1.7.12	a	4	101.60G	Stargard i. P	d	3½	94.75G	do. Prm. A. 64	a	5	403.50b	Dux-Bodnb. fl	v	5	—.—	do. XV u. 15	a	4	100.50bG	Krupp-Oblig	a	*4	100.25G	B. f. Ornt. Eb O	a	4	99.40G	1601-2600	7	9	176.00bG	Kattowitz. Bg	4	14	247.00bG	do. Ln. Krmst	9	10	143.00bB
Pr. Schatz 12	a	4	101.60b	Stendal 01	a	4	—.—	do. do. 66	c	5	308.00b	do. Mark	a	5	—.—	do. XVI u. 17	a	4	101.00G	do. 1908	a	*4	100.20G	**Industrie-Aktien**				CasselFedst	1	12	199.50bG	Keula Eisen	7	5	93.90b	do. Prtl. Cem.	1	10	160.30b
Dt. Rchs.-Anl	v	3½	96.20bG	do. 03	d	3½	94.80G	do. Bodencr.	a	5	108.75bG	do. Silb.-Pr.	a	4	95.90B	do. VII-IX	a	3½	94.25G	Lahm. & Co. 3	d	4½	101.90b	**Berliner Brauereien**				Charlottenb.	7	8	115.50bG	Keyling & Th.	7	4	125.75G	Schf. Schulte	7	0	127.50G
do. do.	d	4	103.30bG	Stettin	a	3½	94.25G	do. konv. Obl.	3,8	3,8	80.80G	do. Kr.-Pr.	a	3	78.00G	do. XIII u. 12	d	3½	95.00G	Laurahütte	a	*4	99.60bB	Brl. Unionsbr	O	3	94.50G	Charl. Wass.	O	14	334.00b	Kirchner & C.	4	16	226.75b	H. Schneider	1	8	142.50bG
do. do.	v	3	86.80bG	do. 1904	d	3½	94.25B	SaoPaulo EA	a	5	98.40b	Dux-Prag. G.	a	3	79.00G	Pfälz. Hp. Pfb	v	3½	94.90G	do.	e	*3½	93.00B	Bock, cv. u. n.	O	5	108.60bG	Buckau	1	12	181.00G	Klaus. Sp. ab	1	5	81.75b	Schöll. Eit Kg	7	0	91.60bG
Dt. Schutzg.	a	4	102.40bG	Teltow. Kreis	d	4	101.80b	do. Gold 08	2	5	99.00bG	Elis. W. G. stf.	a	4	100.30G	Pr. Bod. Pf. IV	a	4½	—.—	Ldf. EyckSt. 5	d	*4½	—.—	Böhm. Brauh.	1	0	119.25G	do. St.-Pr.	1	12	181.50G	KöhlmannSt.	O	18	258.00B	Schomburg	5	0	141.50bG
Prss. cs. Anl.	v	3½	96.20bG	do. do.	d	3½	94.75G	SchwdStA86	f	3½	—.—	Frz. Jos. Silb.	d	5	97.50G	XIII. XIV. XVII	v	4	100.10bG	Leonh. Brk. 3	d	*4½	100.50G	BolleWb. abg	O	5	110.25G	Griesh. El.	1	14	244.00b	Koll. & Jourd.	5	15	250.10b	Schöneb FrT	4	12	185.10bG
do. do.	v	3	86.80bG	ThornO1u11	d	4	100.90G	do. do. 88	b	3	—.—	Gal. CrlLw90	a	4	96.60bG	do. XVIII	d	4	100.25G	Leopold-Gr.	a	*4½	99.50bG	Dtsch. Bierb.	O	5	101.25bG	Grünau	1	10	149.90bG	Kölsch Walz.	7	5	103.50G	do. Metall	7	0	76.50bG